



Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

# **Jahresbericht**

## **2012 / 2013**

*Allen, die mit ihren Beiträgen und ihrem Engagement die Arbeit der eaf in diesem Jahr unterstützt haben, danken wir sehr.*

*Christel Riemann-Hanewinckel*  
Präsidentin

*Dr. Insa Schöningh*  
Bundesgeschäftsführerin

**Redaktion**

Dr. Insa Schöningh  
Sabine Mundolf  
Esther-M. Ullmann-Goertz  
Beate Wolter

**eaf**

Bundesgeschäftsstelle  
Auguststraße 80  
10117 Berlin  
Tel. 0 30 / 2 83 95 - 4 00  
Fax 0 30 / 2 83 95 - 4 50

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 16. August 2012 bis 31. Juli 2013  
Redaktionsschluss: 1. August 2013

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2012/2013</b>	3
<b>2. TÄTIGKEIT der eaf</b>	
2.1 Präsidium	8
2.2 Fachausschüsse	9
2.3 Bundesgeschäftsstelle	10
<b>3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT</b>	
3.1 Stellungnahmen / Anhörungen	10
3.2 Pressemitteilungen	11
3.3 Kampagnen	11
3.4 Fachgespräche	12
3.5 Fachtagungen	13
3.6 Internetauftritt der eaf	14
3.7 Veröffentlichungen	15
<b>4. KOOPERATIONEN</b>	
4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V.	19
4.2 Mitarbeit in Gremien	20
4.3 Mitwirkungen (Tagungen, Seminare) / Medien	25
<b>5. LANDESARBEITSKREISE</b>	
5.1 Konferenz und Arbeitstreffen	26
5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise/Landesverbände	27



## 1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2012/2013

Das bestimmende Thema des gesamten letzten Jahres war der *Ausbau der Krippenplätze*. Die Zwischenstände zum Ausbau der Plätze in den letzten Jahren ließen zwar kontinuierliche Fortschritte erkennen, aber nicht in dem Maße, wie es nötig gewesen wäre, um das angestrebte Ausbauziel zu erreichen. Stattdessen stieg aber ebenso kontinuierlich und in hohem Maße die Nachfrage junger Eltern nach Krippenplätzen, insbesondere in den Ballungsgebieten. Lange sah es so aus als wären keinesfalls genügend Plätze am 1. August 2013 vorhanden, doch im Juli kam die Entwarnung, dass das Ziel überwiegend erreicht werde, lediglich in Großstädten könne es zu Engpässen kommen. Nachdem der quantitative Bedarf vermutlich einigermaßen erfüllt werden kann, mehren sich Stimmen aus der Fachwelt, die befürchten, dass die Qualität der Plätze und insbesondere die Erzieher/in-Kind-Relation deutlich hinter dem empfohlenen Wert von einer Fachkraft für 3,1 Kinder zurückliegt. Die im Juli 2013 erschienene Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung kommt genau zu diesem Ergebnis. Es ist zu vermuten, dass ein qualitativ unzureichendes Angebot die Akzeptanz frühkindlicher Betreuung bei jungen Eltern schnell wieder sinken lassen.

Letztlich wird man die quantitative Bedarfsdeckung erst nach dem 1. August feststellen können, denn die Anmeldemodalitäten in den Kommunen sind zu unterschiedlich, als dass dies präzise vorhergesagt werden kann. Parallel dazu wurden bereits juristische Gutachten erstellt, was genau der Klageanspruch der Eltern sein könnte, die keinen Krippenplatz für ihr Kind bekommen, und welche Schadensersatzansprüche daraus für die Kommunen entstehen würden.

Hartnäckig bleibt auch der Verdacht, dass die Einführung des Betreuungsgeldes ab dem 1. August 2013, nicht zuletzt auch dem Ziel diene, Klagen abzuwenden. So gut wie alle Expertinnen und Experten hatten sich gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen. Auch die eaf hat dieses wiederholt vertreten. Wie stark es in Anspruch genommen wird, ist nur schwer vorhersehbar. Anfang August gibt es, bis auf Bayern, kaum Eltern, die das Betreuungsgeld beantragt haben. Ein gutes Alternativangebot für Mütter, die eigentlich berufstätig sein wollen, ist es in jedem Falle nicht. Der Versuch der FDP, die sich lange gegen das Betreuungsgeld gesperrt hat, es mit dem Altersvorsorge- oder Bildungssparen etwas zukunftsorientierter zu gestalten, ist auch nicht überzeugend.

Mit etwas geringerer „öffentlicher Lautstärke“ als der Krippenplatzausbau zog sich das Thema *demografischer Wandel* durch das ganze Berichtsjahr. Nach dem 1. Demografiegipfel 2012 als Auftakt zur Demografiestrategie der Bundesregierung wurden neun Arbeitsgruppen implementiert, die wiederum teilweise in Untergruppen extra Themen bearbeiten sollten. Die Federführung des gesamten Themas Demografie liegt beim Innenministerium, für die einzelnen Arbeitsgruppen war die Federführung bei jeweils einem Ministerium und der Ko-Vorsitz meist bei einem hochrangigen Vertreter der Zivilgesellschaft. Die AGF war eingeladen in der Arbeitsgruppe A „Familie als Gemeinschaft stärken“ mitzuarbeiten, die einzelnen Familienverbände haben dies in den Unterarbeitsgruppen getan, so auch die eaf. Angesichts der unterschiedlichen Interessen der in den Arbeitsgruppen vertretenen Mitglieder, sind die auf dem 2. Demografiegipfel im Mai 2013 vorgestellten Ergebnisse und Abschlussdokumente leider relativ allgemein. So konnte eine verbindliche Zusage zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes nicht erzielt werden. Es sollte gesetzlich geregelt werden, dass Teilzeitvereinbarungen aus einem bestehenden Vollzeitarbeitsverhältnis auch für eine befristete Zeit abgeschlossen werden können. Das scheiterte zunächst am Bundesministerium für Arbeit und Soziales und anschließend bei den Arbeitgeberver-

bänden. Die Arbeit in den neun Arbeitsgruppen soll weitergeführt werden, allerdings ist gegenwärtig noch unklar in welcher Form und mit welcher Themenstellung.

Mehrere familienrechtliche Vorhaben sind im letzten Berichtsjahr auf den Weg gebracht worden, wovon eines allerdings eher ein sozialetisches Problem lösen soll: Das Gesetz zur *vertraulichen Geburt*. Sowohl Babyklappen als auch anonyme Geburten bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone. Für beides sollte eine rechtssichere Alternative gefunden werden. Ziel des Gesetzes zur vertraulichen Geburt ist es, der werdenden Mutter die Möglichkeit einer Geburt in einer medizinischen Einrichtungen zu ermöglichen, damit Mutter und Kind entsprechend versorgt werden können. Außerdem hofft der Gesetzgeber, dass mit diesem Angebot Kindstötungen bzw. Aussetzungen vermieden werden. Das rechtliche Dilemma, das nicht gelöst werden konnte, liegt in dem Wunsch der Mutter nach vollständiger Anonymität und dem Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung. Zum 1. Mai 2014 wird dieses Gesetz in Kraft treten, dann wird die Anonymität der Mutter bis zum 16. Lebensjahr des Kindes garantiert. Die Angaben der Mutter zu ihrer Person, die Gründe der anonymen Geburt und andere freiwillige Mitteilungen der Mutter werden im Standesamt aufbewahrt. Das Kind hat dann die Chance, seine Herkunft zu erfahren. Sollte die Mutter mit der Aufgabe ihrer Anonymität nach 16 Jahren nicht einverstanden sein, muss das Familiengericht entscheiden.

In den vergangenen Jahren wurde deutlich, dass es schwierig ist die betroffenen Frauen, die die Schwangerschaft verdrängen oder verheimlichen mit dem regulären Hilfesystem bzw. mit Beratung und anderen Angeboten zu erreichen. Deshalb soll das Gesetz durch ein spezialisiertes Beratungs- und Hilfesystem (Qualifizierung von Beratungskräften) und durch die Einrichtung eines bundeszentralen Notrufs flankiert werden.

Die familienrechtlichen Vorhaben des letzten Jahres im engeren Sinne waren das Sorgerecht nicht-ehelicher Väter und das Umgangsrecht des leiblichen, aber nicht rechtlichen Vaters. Etwas erweitert kann auch noch das Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz dazu gezählt werden. Daneben gab es Verbesserungen zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen gegenüber Personen, die im Ausland leben; außerdem wurde endlich, vor allem durch das Engagement von deutschen Nichtregierungsorganisationen, das Individualbeschwerderecht als Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention, verabschiedet. Deutschland hat dieses Protokoll ratifiziert. Durch zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts werden die Rechte homosexueller und lesbischer eingetragener Partnerschaften erweitert.

Das *Sorgerecht nicht-ehelicher Väter* sorgte bereits seit 2011 für erregte Debatten. Lange wurde darüber gestritten, ob der leibliche Vater ebenso wie die Mutter direkt ab Geburt das Sorgerecht erhalten soll, oder ob dies nur auf Antrag gewährt werden soll. Eine grundsätzliche Regelung war nach zwei höchstrichterlichen Entscheidungen unumgänglich. Sowohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als auch das Bundesverfassungsgericht hatten beanstandet, dass es gar keinen Weg für nicht-eheliche Väter gibt, das Sorgerecht zu erhalten, wenn die Mutter diesem Ansinnen nicht zustimmt. Der Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums sah schließlich eine Antragslösung vor, für die sich auch die eaf eingesetzt hatte. Strittig an dem Gesetzentwurf war das schriftliche Verfahren, demzufolge die Mutter binnen einer Sechswochenfrist schriftlich kindeswohlrelevante Argumente gegen das vom Vater begehrte Sorgerecht vorbringen muss. Tut sie das nicht, entscheidet das Familiengericht nach Aktenlage, im Regelfall ohne das Jugendamt einzubeziehen. Da es vielfältige Gründe für ein Fristversäumnis der Mutter geben kann, erscheint eine derartige Aktenlage kaum geeignet, um eine dem Kindeswohl angemessene Entscheidung zu

treffen. Das Gesetz wurde trotz vielfältig geäußerter Bedenken in dieser Frage verabschiedet. Man muss beobachten, wie sich die Rechtsprechung entwickelt.

Eine ähnliche Ausgangslage, eine höchstrichterliche Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, lag auch dem Gesetzentwurf zum *Umgangsrecht des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters* zugrunde. Im vorliegenden Fall wurde dem leiblichen Vater, trotz großen Interesses, der Kontakt zum Kind durch die rechtlichen Eltern verweigert. Nach geltender Gesetzeslage stehen ihm keine Rechtsmittel zur Verfügung. Dies wurde beanstandet und zukünftig soll nun der leibliche Vater, bei ggf. nachzuweisender Vaterschaft, auch das Umgangsrecht erhalten. Auch dann, wenn es bislang keinerlei Beziehung zum Kind gibt. Die könnte ja durch die rechtlichen Eltern aktiv verhindert worden sein. Für diese Fälle hilft die vorgeschlagene Regelung sicherlich. Denkbar sind aber auch andere Fallkonstruktionen.

Die Richter argumentieren, dass die Beziehung zum leiblichen Vater in der Regel zum Wohle des Kindes sei. Das ist eine gewagte These, die außer Acht lässt, dass über das Erscheinen des leiblichen Vaters, von dessen Existenz bislang möglicherweise weder der rechtliche Vater und schon gar nicht das Kind wusste, die gelebte Elternbeziehung mit dem sozialen Vater zerbrechen kann. Ob damit dem Kindeswohl gedient ist, kann sehr bezweifelt werden. Inwieweit der leibliche Vater neben dem emotionalen Verlust der gestörten Beziehung zum sozialen Vater, den er kaum kompensieren können wird, in der Lage und willens ist, wenigstens die möglicherweise auch gefährdete finanzielle Stabilität zu gewährleisten, bleibt ebenfalls dahingestellt.

An der Prämisse konnte der Gesetzentwurf nichts ändern, an einigen Punkten wäre aber mehr Differenzierung durchaus möglich gewesen. Die Diakonie hat eine sehr abgewogene Stellungnahme zum Entwurf vorgelegt, der sich die eaf angeschlossen hat.

Mit dem Gesetz zur Durchführung des Haager Übereinkommens ist die *bessere Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen* gegenüber Kindesunterhaltsschuldern, die nicht im gleichen Land wie das Kind leben – sei es, dass sie selbst im Ausland leben oder das Kind – ermöglicht worden. Angesichts immer stärkerer internationaler Verflechtung auch im familiären Bereich ist das für zunehmend mehr Menschen relevant. Mit einem Zusatzprotokoll zu diesem Gesetz wurde auch – in einem eher geringen thematischen Zusammenhang – eine Veränderung des Betreuungsunterhalts für Geschiedene vorgenommen. In den letzten Jahren mehren sich Urteile zum Unterhalt geschiedener Ehepartner, die die Ehedauer und eheliche Arbeitsteilung bei der Zumessung des Unterhalts nach der Scheidung nur wenig berücksichtigen. Das soll mit der Gesetzesänderung korrigiert werden. Angesichts der offenen Formulierung von § 1578 b BGB wird sich allerdings zeigen, ob die erklärte Absicht umgesetzt wird. Die eaf hat sich in einer Position zum Betreuungsunterhalt zu Wort gemeldet und sieht die ohne weitere Fachdiskussion erfolgte Gesetzesänderung eher kritisch (FPI 3, 2013).

*Unterhaltsvorschuss* wird gegenwärtig für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr gezahlt, deren barunterhaltspflichtiger Elternteil nicht zahlungsfähig ist. Allerdings maximal sechs Jahre lang. Im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition steht, dass der Unterhaltsvorschuss um zwei Jahre auf bis 14-Jährige ausgeweitet werden soll. Diese ohnehin zaghafte Änderung fiel schließlich auch den knappen Finanzen zum Opfer. Stattdessen sollten über das Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz Einsparungen überwiegend auf Kosten alleinerziehender Mütter und ihre Kinder erreicht werden. So werden zum Beispiel Überzahlungen des Unterhaltsvorschusses, die aus Unkenntnis leicht unbemerkt bleiben, nicht nur selbstverständlich zurückgezahlt werden, sondern auch als Anspruchsverbrauch ge-

wertet werden. Gegen diese und einige andere Regelungen gab es von Expertinnen und Experten Widerspruch. Auch die eaf hat sich in einer schriftlichen Stellungnahme und mündlich in der Anhörung im Bundestagsausschuss Familien, Senioren, Frauen und Jugend entsprechend geäußert. Das Gesetz wurde schließlich stark gekürzt von Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

Nachdem Deutschland 20 Jahre benötigt hat, die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtekonvention zurückzunehmen (2011 geschehen), ist es bei der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum *Individualbeschwerderecht der VN-Kinderrechtekonvention* erfreulicherweise ganz besonders schnell gegangen: Deutschland hat als dritter Staat weltweit das Zusatzprotokoll, mit dem Kinder ein individuelles Beschwerderecht beim zuständigen Ausschuss der UN haben, unterzeichnet. Damit ist auch das Zusatzprotokoll geltendes Recht in Deutschland.

Das Bundesverfassungsgericht entschied zweimal zugunsten der Rechte schwul-lesbischer Partnerschaften. Zum einen in der Frage der Sukzessivadoption, die *eingetragenen Lebenspartnerschaften* ebenso möglich sein soll wie gemischtgeschlechtlichen verheirateten Paaren. Zum anderen in der Frage des Ehegattensplittings. Eine eingetragene Lebenspartnerschaft sei genauso eine Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft wie die Ehe. Daher müsse die Besteuerung analog gestaltet werden, so die Verfassungsrichter. Diese Entscheidung war lange absehbar und es dauerte nur zwei Monate, bis die entsprechende Gesetzesänderung von Bundestag und Bundesrat verabschiedet war. Die eaf ist der Meinung, dass die Besteuerung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften grundsätzlich überdacht werden muss. Es ist immer weniger einleuchtend, warum das Zusammenleben zweier Erwachsener um ein Vielfaches mehr steuerlich gefördert werden soll, als zum Beispiel Alleinerziehende. Die maximale steuerliche Ersparnis für Alleinerziehende liegt bei ca. 600 Euro im Jahr, die von Ehepaaren dagegen bei 15.000 Euro. Hier muss umgesteuert werden und die Unterhaltungsverpflichtungen müssen in den Vordergrund rücken neben der Individualbesteuerung der Ehepartner.

Ende 2012 erschien der Familienreport 2012 mit vielen aktuellen Zahlen zum Familienleben, zu den Leistungen für Familien, zu Familienleben und Beruf und zur Kinderbetreuungssituation. Kritisch ist anzumerken, dass die Leistungen der Familien kaum erwähnt werden und Familie im Ministerium offenbar immer noch vor allem aus Erwachsenen und Kindern besteht. Die Situation von Pflegenden in Familien kommt im Familienreport nicht vor.

Mit deutlich mehr Spannung als diese jährliche – wenngleich verdienstvolle – Bestandsaufnahme wurden die Ergebnisse der bereits 2009 in Auftrag gegebenen *Evaluation der Familienleistungen* erwartet. Ausgewählte Familienleistungen sollten im Hinblick auf die Erreichung von vier Zielen untersucht werden: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wirtschaftliche Stabilität von Familien, Wohlergehen und gute Entwicklung von Kindern und Erfüllung von Kinderwünschen. Die Ergebnisse sind nur zum Teil überraschend! Ganz sicher lässt sich aus ihnen aber nicht ableiten, dass die Familienpolitik der Bundesregierung vollkommen mit den Ergebnissen in Übereinstimmung sei und es keiner Änderungen bedürfe, sondern bestenfalls einiger „Feinjustierungen“, wie dies die Familienministerin bei der Vorstellung der Ergebnisse verkündete. Ganz klar zeigen die Studien als Befund, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso, wie die wirtschaftliche Stabilität von Familien, durch gute und im Lebenslauf aufeinander aufbauende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder besser gesichert ist, als durch rein monetäre Leistungen. In dieses Bild passt das geplante Betreuungsgeld überhaupt nicht hinein: Dieser Widerspruch wurde von der Ministerin



durch das Ziel der Wahlfreiheit, dass allen anderen Zielen übergeordnet sei, wegargumentiert. Einige der an der Evaluation beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen haben sich anschließend zu Wort gemeldet und gegen den Umgang mit ihren Ergebnissen durch das Ministerium protestiert. Die einzelnen Evaluationsstudien bedürfen sicherlich noch genauerer Aufmerksamkeit und Auswertung.

In jeder Legislaturperiode muss ein Kinder- und Jugendbericht vorgelegt werden, in jeder dritten Legislatur muss dieser Bericht die Gesamtsituation der Kinder und Jugendlichen zum Inhalt haben, so lautet der Beschluss des Bundestages. Um einen solchen Gesamtbericht handelt es sich beim *14. Kinder- und Jugendbericht*, der wie immer von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt wurde. Er nimmt den Faden aus dem *13. Kinder- und Jugendbericht* auf und verstärkt die Auffassung, dass Familie und Staat in geteilter Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zuständig sind. Aufgabe des Staates ist es dabei, positive Rahmenbedingungen für Familien und Eltern zu schaffen. Auch lenkt der Bericht das Augenmerk wieder stärker auf Jugendliche, für die eine eigenständige Politik notwendig ist; dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Grundlagen, die bereits in der frühen Kindheit gelegt werden müssen, auch über diese Phase hinaus zu sichern sind.

Ende Juni erschien die *Orientierungshilfe der EKD „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“*. An der Orientierungshilfe haben auch Prof. Ute Gerhard, Prof. Kerstin Feldhoff und Dr. Insa Schöningh mitgearbeitet. Die Veröffentlichung hatte sich immer wieder verzögert. Aber seit der Veröffentlichung scheint nicht nur die evangelische Welt aus den Fugen. Dabei wird in dieser Schrift nicht viel anderes gesagt, als beispielsweise Diakonie und auch auf familienpolitischem Feld schon seit langem öffentlich mitteilen. Zustimmung und radikale Ablehnung sind sehr polarisiert. Die Schrift wird teilweise sogar zum Generalangriff auf die EKD und den Ratsvorsitzenden genutzt. Nicht immer hat man den Eindruck, dass die Kritiker den ganzen Text gelesen haben. Besonders moniert wird, dass die Ehe zu wenig als zu bevorzugende Form des Zusammenlebens dargestellt wird. Diese kritischen Stimmen beziehen sich besonders auf das theologische Kapitel. Alle anderen Kapitel und Begründungen, wie z. B. die sozialgeschichtliche Entwicklung von Ehe und Familie verschwinden dahinter oder werden zu wenig wahrgenommen. Für die Kritiker ergibt sich die Ehe aus der Schöpfungsordnung der Bibel und die Argumentation der Autorinnen und Autoren der Orientierungshilfe, dass eben dies nicht so eindeutig sei, wird beinahe als Blasphemie dargestellt.

Auf der anderen Seite des Spektrums der Reaktionen finden sich Äußerungen wie „endlich kann ich mal stolz auf meine Kirche sein“, aus denen die deutliche Erleichterung spürbar wird, dass Anspruch und Lebenswelt jetzt besser zueinander passen, ohne dass die evangelische Kirche ihr Angebot an Begleitung, Seelsorge und die Orientierung an christlichen Werten aufgibt.

Für die eaf als familienpolitischer Verband wird an der Heftigkeit der Debatte einiges deutlich, dass hier nur stichwortartig aufgeführt werden kann:

- Die Positionen von Verbänden werden offenbar wenig wahrgenommen.
- Familie ist ein hoch emotionales Thema, jede/r hat eigene Erfahrungen damit und eine Meinung dazu. Das Thema hat das Potenzial, eine evangelische Selbstverständigungsdebatte zu initiieren.
- Es ist zu hoffen, dass mit dieser Debatte auch eine verstärkte Aufmerksamkeit auf familienunterstützende Dienste in den Landeskirchen beginnt.
- Dem Anliegen der eaf – ausdrücklich einschließlich der Mitgliedsverbände – nützt diese thematische Aufmerksamkeit und wird teilweise schon aufgegriffen.

Im Moment ist noch nicht ganz absehbar, welche Richtung der Diskurs nehmen wird. Die Orientierungshilfe ist zudem mitten in eine grundsätzliche familienpolitische Diskussion über die Zielrichtung bundesdeutscher Familienpolitik geraten. Damit geht das Interesse weit über Fachkreise hinaus. Die eaf wird diese Aufmerksamkeit nutzen und sich weiter im Sinne ihrer längst veröffentlichten Ziele (vergleiche auch die 13 Forderungen für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages) auf verschiedenen Ebenen einbringen.

## **2. TÄTIGKEIT der eaf**

### **2.1 Präsidium**

Präsidentin: Christel Riemann-Hanewinckel

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum viermal, eine kleine Arbeitsgruppe einmal. Daneben gab es noch vier Termine der Steuerungsgruppe und zwei Sitzungen von Arbeitsgruppen der Steuerungsgruppe. Mitglieder der Steuerungsgruppe sind die Präsidentin, die Vizepräsidenten und die Geschäftsführerin. Angesichts dieser Sitzungsdichte und der notwendigen Vor- und Nacharbeiten war das wichtigste Thema des Präsidiums die Überlegungen und Schritte zur Neuaufstellung der eaf mit dem Forum Familienbildung.

Neben diesem vordringlichen Thema wurden folgende Themen bearbeitet:

- Eine Vorlage des Fachausschusses „Sozialpolitik und Recht“ zum Betreuungsunterhalt nach Trennung und Scheidung wurde diskutiert und verabschiedet. Das Positionspapier ist in den Familienpolitischen Informationen veröffentlicht (FPI 3, 2013) und wurde an die Ausschüsse Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Bundestag und Bundesrat, an die Gleichstellungsbeauftragten der Länder, an verschiedene Personen der Bundestagsfraktionen und einige weitere Institutionen und Einzelpersonen verschickt.
- Auf Basis einer Vorlage von Herrn Hötzel wurde ein Positionspapier zu einem gerechten Steuerrecht für Familien erarbeitet und verabschiedet (FPI 2, 2013).
- Es wurden Überlegungen zum geplanten Beirat der eaf, der die beiden Fachausschüsse ablösen soll, angestellt.
- Forderungen für die 18. Legislaturperiode wurden besprochen und verabschiedet und wurden allen Mitgliedern der eaf und den politischen Parteien im Juli zugesandt.
- Daneben gab es die jährlichen Themen Beratung des Haushaltes und der Jahrestagung.

Einzelne Mitglieder des Präsidiums waren darüber hinaus bei den Mitgliedern der eaf zu Vorträgen eingeladen, s. dazu S. 25.

### **Steuerungsgruppe für den Zusammenführungsprozess eaf-BAG**

Teilnehmende der Steuerungsgruppe:

eaf: Christel Riemann-Hanewinckel, Wolfgang Hötzel, Bernd Heimberg, Dr. Insa Schöningh

BAG: Kurt Triebel, Doris Kratz-Hinrichsen, Ute König (bis Ende Oktober 2012)

EKD: Cornelia Coenen-Marx, Constance Potinius (bei Bedarf)

Moderiert wurde die Steuerungsgruppe von Dr. Manfred Gellert und Julia Pischetsrieder Consulting GmbH.

Die schon länger arbeitende Steuerungsgruppe aus BAG, EKD und eaf traf sich viermal. Zusätzlich gab es zwei Arbeitsgruppentermine. Sie erarbeitete im Vorfeld der Mitgliederversammlung 2012, die Satzungsvorschläge, anschließend wurde eine Geschäftsordnung für das Forum Familienbildung entworfen. Außerdem beriet sie über einen neuen Namen der eaf. Beide Vorschläge, Geschäftsordnung und Name, wurden der Mitgliederversammlung der BAG am 14. Januar 2013 vorgeschlagen und dort diskutiert. Ferner sorgte die Steuerungsgruppe durch verschiedene Mitteilungen die Mitglieder beider Verbände für Transparenz über den Stand der Entwicklung. Auf ihrer abschließenden Sitzung am 3. April 2013 beriet die Steuerungsgruppe eine Liste mit Schritten zur weiteren Vorgehensweise bis Anfang 2014. Verantwortlich dafür sind die beiden Geschäftsstellen der Verbände. Um den Informationsfluss weiter zu gewährleisten, ist Dr. Insa Schöningh 2013 Gast bei den Vorstandssitzungen der BAG. Der Informationsfluss von der eaf zur BAG ist durch Ilse Birzele im Präsidium ohnehin gewährleistet.

Mitarbeiterinnen der eaf-Geschäftsstelle und die Kolleginnen der BAG trafen sich am 10. und 11. Juni 2013 in Dortmund zu einem Workshop, um über die anstehende Übergabe der verschiedenen Arbeitsfelder der BAG an das Berliner Büro und den Umzug zu sprechen.

### **Runder Tisch der eaf „Sexueller Kindesmissbrauch“**

In Vorbereitung des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ der Bundesregierung traf sich der Runde Tisch der eaf am 5. Februar 2013 in Berlin. Die Teilnehmenden stellten fest, dass viele Vorhaben, die der Runde Tisch der Bundesregierung gefordert hatte, entweder noch gar nicht begonnen worden sind oder nicht zum Abschluss gebracht wurden. In Anbetracht der sehr knapp bemessenen Sitzungszeit am 20. Februar wurde ein Brief an die drei, den Runden Tisch einberufenden Ministerinnen und die Teilnehmenden vorbereitet und im Vorfeld des Runden Tisches verschickt. Die eaf mahnt darin vor allem die Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG) und die Verbesserung der Beratungssituation an.

Der Brief ist veröffentlicht in FPI 2, 2013, S. 3 f.

## **2.2 Fachausschüsse**

### **Fachausschuss 1: „Sozialpolitik und Recht“**

Vorsitzende: Prof. Dr. Irene Gerlach

Der Fachausschuss 1 der eaf „Sozialpolitik und Recht“ traf sich zu drei Sitzungen und befasste sich mit den Tagungsergebnissen der Expertentagung „Unterhaltsrecht“ und einer möglichen Form der Veröffentlichung. Der Ausschuss diskutierte auf der Grundlage eines Referats von Gerda Holz, ISS Frankfurt und Ausschuss-Mitglied, ausführlich die Lebenssituation armer und nicht armer Kinder im Zeitverlauf zwischen Kindergarteneintritt und 16 Jahren (Bericht zur AWO-ISS Längsschnittstudie). Nach einem Referat von Günter Buck von der BAG Ev. Jugendsozialarbeit fanden weitere Überlegungen zur Situation von Heranwachsenden im Übergang von Schule und Ausbildung statt.

Weiterhin beriet der Ausschuss Anforderungen, die die eaf im Blick auf die 18. Legislaturperiode an die Politik stellen sollte. Eine Positionierung zur so genannten Kindergrundsicherung sowie Überlegungen zur eaf-Fachtagung im September 2013, waren ebenfalls Gegenstand der Befassung des Ausschusses.

In Anbetracht der sich zuspitzenden Lage auf dem Wohnungsmarkt in Ballungsräumen wurde auf der letzten Sitzung auch der Themenbereich „Familie und Wohnen“ in den Blick genommen.

## **Fachausschuss 2: „Bildung, Beratung und Soziale Infrastruktur“**

Vorsitzender: Dr. Martin Merbach

Der Fachausschuss 2 „Bildung, Beratung, Soziale Infrastruktur“ befasste sich auf seiner letzten Sitzung am 30. November 2012 mit der Fertigstellung der Kampagne „Paare im Fokus“ (<http://www.eaf-bund.de/paare/willkommen.html>). Dazu hatten Mitglieder des Fachausschusses Texte verfasst (auf der Projektwebsite zu finden unter der Rubrik „Informationen“) und die Grundideen zu den Paar-Videos erarbeitet (auf der Projektwebsite zu finden unter der Rubrik „Filme“). Die Mitglieder des Fachausschusses 2 sind eingeladen, im Jahr 2013 im verbleibenden Fachausschuss mitzuarbeiten, bis die neuen Gremien der eaf im Zuge des Veränderungsprozesses etabliert sind.

## **2.3 Bundesgeschäftsstelle**

Albina Kremer beendete ihre Elternzeitvertretung Ende November 2012. Nach Beendigung der Elternzeit übernahm am 3. Dezember 2012 Janina Haase wieder die Aufgabenfelder Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der Geschäftsführung in der Bundesgeschäftsstelle. Von März bis Dezember 2013 reduziert Martina Wasielewski ihre Arbeitszeit für das Arbeitsfeld Finanzen um 20 Prozent.

Inhaltlich war die Bundesgeschäftsstelle mit den bei den jeweiligen Gremien bereits erwähnten Schwerpunkten befasst, insbesondere mit der Erarbeitung von Stellungnahmen, von Pressemitteilungen und der Mitarbeit in zahlreichen Gremien sowie der Öffentlichkeitsarbeit (Familienpolitische Informationen, Newsletter, Website, Pressemitteilungen).

Besondere Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren die Vorbereitung und Durchführung der Kooperationstagung mit dem Zukunftsforum Familie (zff) und der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung zu Geschlechterfragen und die Entwicklung und Onlines-tellung der Projektwebsite „Paare im Fokus“. Die Erarbeitung von Vorlagen und zahlreiche notwendige Absprachen zur Unterstützung der Steuerungsgruppe im Rahmen des Prozesses zwischen BAG und eaf nahmen ebenfalls sehr viel Raum ein.

## **3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

### **3.1 Stellungnahmen / Anhörungen**

- Stellungnahme der eaf zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Großelternzeit und zur Modernisierung der Elternzeit vom 12. November 2012
- Stellungnahme der eaf zum Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Hilfen für Schwangere - Regelung der vertraulichen Geburt (Stand: 12. November 2012) vom 26. November 2012
- Sachverständigenanhörung im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz, 28. Januar 2013, Sachverständige Dr. Insa Schöningh

- Stellungnahme der eaf zum Vierten Armuts- und Reichtumsbericht vom 6. März 2013

### 3.2 Pressemitteilungen

Folgende Pressemitteilungen sind im Berichtszeitraum erschienen:

- *Gleichberechtigung in Familie und Partnerschaft: Vorbild Norwegen?!* (Gemeinsame Pressemitteilung mit der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung und dem Zukunftsforum Familie e. V.), 18. Oktober 2012
- *Ja zur Kindeswohlprüfung – Nein zum schriftlichen Schnellverfahren*, 25. Oktober 2012, Online-Kampagne zum Sorgerecht
- *Dr. Klaus Zeh neuer AGF-Vorsitzender* (Pressemitteilung der AGF), 2. Januar 2013
- *Kindeswohl ist zweitrangig. Bundestag will am Donnerstag Reform des Sorgerechts beschließen*, 30. Januar 2013
- *Die Überprüfung von Familienleistungen ist richtig!*, 8. Februar 2013
- *Armut- und Reichtumsbericht: Armut trifft vor allem Kinder und Jugendliche*, Pressemitteilung der AGF, 21. Februar 2013
- *Familienorganisationen zum Familiengipfel: Eine familienbewusste Arbeitswelt braucht mehr als flexible Arbeitszeiten* (Pressemitteilung der AGF), 12. März 2013
- *Endlich: Ein Schritt vorwärts für Betroffene von sexuellem Missbrauch*, 13. März 2013
- *eaf-Position zum Unterhaltsrecht wegen Kinderbetreuung nach Scheidung*, Offener Brief der eaf zum Unterhaltsrecht an die Mitglieder des Rechtsausschusses des Bundestages, Mitglieder des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages; Gleichstellungsbeauftragte der Länder, weitere Institutionen und Einzelpersonen
- *Durch Stärkung der Familien Herausforderungen des demografischen Wandels meistern* (Pressemitteilung der AGF), 14. Mai 2013
- *Ehegattensplitting zu einer Förderung für Familien umbauen!*, 13. Juni 2013
- *Meilenstein für das kirchliche Verständnis von Familie*, 19. Juni 2013
- *Ein guter Tag für junge Familien: Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist da!*, 31. Juli 2013

### 3.3 Kampagnen

#### Kampagne „Paare im Fokus“

Die Kampagne „Paare im Fokus“ soll Anregungen geben, sich aus familienpolitischer Sicht mit den Rahmenbedingungen für gelingende Partnerschaften zu befassen. Unter fünf Navigationspunkten auf der Projektwebsite der eaf unter <http://www.eaf-bund.de/paare/willkommen.html> gibt es weiterführende Informationen, politische Forderungen sowie Links zu statistischen Befunden, zu schon existierenden Praxisbeispielen und den Ergebnissen der Befragung der eaf-Mitgliedsverbände. Außerdem geben drei Filme einen kleinen Einblick in das Paarleben verschiedener Generationen.

### **Online-Kampagne zum Sorgerecht: Ja zur Kindeswohlprüfung**

Am 26. Oktober wurde im Bundestag das Gesetz zum Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern beraten. Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen hat sich an der Online-Kampagne „Schriftliches Schnellverfahren – nein danke! Kindeswohlprüfung – in jedem Fall!“ beteiligt. Das Bündnis aus Alleinerziehendenvertretungen und weiteren Familien- und Fachverbänden hat einen Aufruf veröffentlicht, der im Internet unterzeichnet werden konnte. Die zentrale Forderung der Verbände war, das geplante schriftliche Verfahren ohne Anhörung der Eltern und des Jugendamtes fallen zu lassen. Gerade weil es sich um Konfliktfälle handelt, wird nach Meinung der Verbände ein ausschließlich schriftliches Verfahren dem Kindeswohl nicht gerecht. Nicht zuletzt hat auch der Bundesrat in seiner Stellungnahme Ende September das geplante vereinfachte Verfahren massiv kritisiert. Die Kampagne lief ca. vier Wochen bis zur Dritten Lesung und Verabschiedung im Bundestag. Insgesamt haben über 3.000 Menschen den Aufruf unterstützt. Angesichts der kurzen Laufzeit und der nicht ganz einfachen Botschaft ein durchaus respektables Ergebnis. Leider wurde das Gesetz trotzdem mit dem kritisierten schriftlichen Verfahren verabschiedet.

### **„Pflege in guter Gesellschaft“ – Nominierung**

Die Bachelorarbeit zum Thema „Beratungsstellen hinsichtlich pflegerischer Versorgungsstrukturen: Eine Bevölkerungsumfrage in einem Berliner Bezirk und einem Brandenburger Landkreis“ von Elisabeth Gässner und Sina Pantel wurde nominiert zum Wettbewerb der Ev. Hochschule Berlin ehb.forscht 2012. Der Entdeckungszusammenhang für die Fragestellung der Arbeit war der von der eaf veranstaltete Tag „Pflege in guter Gesellschaft“ am 11. Mai 2011. Professor Dr. Erika Feldhaus-Plumin (EHB und Mitglied des ehemaligen Fachausschuss 2 der eaf) und Esther-M. Ullmann-Goertz begleiteten die Arbeit.

### **3.4 Fachgespräche**

- Fachgespräch mit Angelika Engstler, Leiterin des Referats Grundsatzangelegenheiten, Abt. Gleichstellung, Chancengleichheit des BMFSFJ zu Ergebnissen von beauftragten Studien der Abteilung, Dr. Insa Schöningh, Sabine Mundolf, Esther Ullmann-Goertz, 15. August 2012
- Fachgespräch mit der Initiative „*Mein Papa kommt*“, Dr. Insa Schöningh, 5. Dezember 2012
- Anhörung der SPD-Fraktion: *Ein Jahr Abschlussbericht Sexueller Missbrauch*, Dr. Insa Schöningh für die eaf, Berlin, 11. Dezember 2012
- Fachgespräch *Partnerschaftliche Familie als öffentliches Gut*, Dr. Insa Schöningh für die eaf, Humboldt-Viadrina Berlin, 17. Januar 2013
- Demografiestrategie der Bundesregierung, AG 1 „*Familie als Gemeinschaft stärken*“, UAG 1 „*Zeitsouveränität erhöhen – Zeitpolitische Initiativen in der Arbeitswelt?*“, Dr. Insa Schöningh für die eaf, 14. Februar 2013
- Fachgespräch innerhalb der AGF-Geschäftsführenden zu *Langzeitarbeitskonten* und ihrem möglichen Beitrag zur Erhöhung der Zeitsouveränität von Familien mit Philip Wotschack, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

## 3.5 Fachtagungen

### Fachtagung 2012

Einmal jährlich veranstaltet die eaf eine Fachtagung im Vorfeld der Mitgliederversammlung. Die Fachtagung richtet sich zwar vorrangig an die Mitglieder der eaf, ist aber offen für interessierte Gäste.

Die eaf-Jahrestagung 2012 fand vom 26. bis 28. September 2012 in Münster statt. Der Fachteil beschäftigte sich mit dem Thema "Familienbilder in Kirche und Gesellschaft". Die Berliner Journalistin und Fernsehkritikerin Klaudia Wick gab in ihrem Beitrag einen Einblick in „Familienbilder in Film und Fernsehen - als Wirklichkeit und Fiktion“. Pfarrerin Anke Spory aus Gonzenheim stellte eine Zusammenfassung ihrer Dissertation unter dem Titel „Familie im Wandel - kulturwissenschaftliche, soziologische und theologische Reflektionen“ vor, die den theoretischen Rahmen des Diskurses absteckte. Professor em. Dr. Jürgen Ebach beleuchtete die Familienbilder und -geschichten der Bibel unter der Überschrift „Wir müssen doch noch einmal bei Adam und Eva anfangen“.

In einer Podiumsdiskussion unter der Moderation der eaf-Präsidentin Christel Riemann-Hanewinkel diskutierten Dr. Martin Merbach (Dozent am ezi, Berlin), Prof. Dr. Ute Gerhard (Mitglied der EKD Ad-hoc-Kommission „Ehe und Familie“), Prof. Dr. Kerstin Feldhoff (Ev. Fachhochschule Münster), Prof. Dr. Friederike Benthaus-Apel (Ev. Fachhochschule Bochum) und Dieter Rothardt (Ev. Männerarbeit in Westfalen) über die Familienbilder, die sie ihrer professionellen Praxis vorfinden.

In vier Arbeitsgruppen (zu den Themen Familienbilder in der Wirtschaft, in sozialen Sicherungssystemen, in Bildung und Erziehung und in der Evangelischen Kirche) wurde das Thema vertieft. Inhaltlich wurden die Arbeitsgruppen eingeführt von Prof. Dr. Irene Gerlach (Institut für familienbewusste Personalpolitik, Münster), MR Angelika Engstler vom BMFSFJ, OKR Birgit Sandler-Koschel, EKD und von OKR Cornelia Coenen-Marx, ebenfalls vom Kirchenamt der EKD. Die Dokumentation der Fachtagung ist inzwischen erschienen.

In der Mitgliederversammlung wurden neben den Regularien des Verbandes (Jahresbericht, Bericht aus den Gremien, Entlastung für den Haushalt 2011, Haushaltsplanung 2013) - die Voraussetzung für eine Integration des Arbeitsfeldes Familienbildung und die Repräsentanz der jetzigen Mitglieder des BAG Familienbildung in der eaf durch verschiedene Satzungsänderungen geschaffen.

### Fachtagung 2013

Im Zentrum der Fachtagung 2013 stehen staatliche Leistungen für Familien und ihre Wirkungen.

Die Tagung findet am 11./12. September im Haus der Kirche, Evangelische Akademie in Bad Herrenalb statt.

Die Ergebnisse der Evaluation von ausgewählten Familienleistungen liegen vor - über die tatsächliche Höhe der staatlichen Leistungen insgesamt wurde im Vorfeld intensiv gestritten. Obwohl Deutschland im europäischen Vergleich an der Spitze der familienbezogenen Ausgaben steht, erfüllen sich junge Paare ihren Kinderwunsch oft nicht und/oder fühlen sich als Eltern überfordert. Dies ist Anlass für die eaf, auf ihrer Fachtagung 2013 die Motivlage der Politik für ihre familienpolitischen Maßnahmen zu beleuchten und u. a. zu fragen, ob diese staatlichen Leistungen überhaupt passgerecht im Hinblick auf die Bedürfnisse von (jungen) Familien sind und welchen Einfluss sie auf Kinderwunsch, wirtschaftliche Stabilität von Familien, Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit etc. haben. Und: Wie stellen sich familienrelevante Rechtsbereiche dar im Blick auf Geschlechtergerechtigkeit?

Zur Familien- und Geschlechtergerechtigkeit im Recht referiert die Juristin und Politikwissenschaftlerin Dr. Maria Wersig, Universität Hildesheim. Am Beispiel Familienpolitik wird Prof. Dr. Irene Gerlach, EFH Bochum, Institut für familienbewusste Personalpolitik, deutlich machen, welche Maßstäbe für Politik handlungsleitend sind. Anhand eines Praxisbeispiels wird Michael David von der Diakonie Deutschland, Berlin, und stv. Sprecher der Nationalen Armutskonferenz die finanzielle Situation von Familien im dynamischen Verlauf dokumentieren. Evelyn Sthamer vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt, referiert zur Armutsprävention bei Familien.

Bei Diskussionen in kleinen Gruppen und im World Café werden die Teilnehmenden Positionen der eaf beleuchten und schärfen.

### **Geschlechterbilder in Partnerschaft und Familie. Ein Vergleich zwischen Norwegen und Deutschland**

Unter diesem Titel veranstaltete die eaf gemeinsam mit dem Zukunftsforum Familie (zff) und der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung einen Fachtag am 18. Oktober 2012 in Berlin. Die Beiträge der norwegischen Referenten aus Wissenschaft (Prof. Anne Lise Ellingsaetter/Tord Lindén) und Zivilgesellschaft (Rune Harald Raekken) wurden von jeweils einer deutschen Referentin (Dr. Sabina Schutter) bzw. einem Referenten (Martin Rosowski) kommentiert. Alle Teilnehmenden waren erstaunt über die vielen Ähnlichkeiten in der Familienpolitik beider Länder, die sich auch bei den Widerständen gegenüber bestimmten Maßnahmen gleicht (z. B. Betreuungsgeld, Partnermonate beim Elterngeld).

Die Beiträge der Veranstaltung sind auf der Website der eaf veröffentlicht.

Die Dokumentation der Kooperationstagung „Geschlechterbilder in Partnerschaft und Familie. Ein Vergleich zwischen Norwegen und Deutschland“ ist erschienen, sie kann in der Bundesgeschäftsstelle der eaf bestellt werden.

### **3.6 Internetauftritt der eaf**

[www.eaf-bund.de](http://www.eaf-bund.de) gibt umfassend Auskunft über die Arbeit der eaf: Alle Stellungnahmen, Pressemitteilungen und die Newsletter der eaf sowie Inhaltsverzeichnisse der Familienpolitischen Informationen der eaf und ältere Ausgaben sind dort einsehbar. Zudem gibt es Informationen zur Arbeitsweise der eaf und ein Verzeichnis ihrer Mitgliedsverbände sowie eine Publikationsliste, einen Veranstaltungskalender, die Satzung etc. Die grafische Anpassung an die Gestaltung anderer Produkte der eaf (wie z. B. Newsletter, FPI, Broschüren, usw.) bietet ein einheitliches Gestaltungsbild und schafft den für die politische Kommunikation erforderlichen Wiedererkennungseffekt. Verschiedene Gremien der eaf können im Loginbereich schnell Texte, Einladungen, Protokolle der Arbeit einsehen. Die Webstatistik zeigt an, dass monatlich 2.000 bis 5.000 User mit unterschiedlichen IP-Adressen die Website besuchen und Informationen beziehen (durchschnittlich ca. 50.000 Klicks monatlich).

Besonders gefragt sind die Kontaktseite und die Unterwebsites zu Pflege und Paaren. Viele Besucher kommen auf die Website der eaf über den Navigationspunkt „Links“, der aktuelle grundlegende familienpolitische Berichte und Texte bietet. Außerdem besuchen die Abonnenten des Newsletters regelmäßig die eaf-Website.

Esther-M. Ullmann-Goertz und Janina Haase sind mit der Pflege und Weiterentwicklung der eaf-Homepage betraut. Über ein Content-Management-System können die meisten Aktualisierungen in der Geschäftsstelle zeitnah erledigt werden. Auf der Website der eaf kann über die Verlinkung zu den Mitgliedern schnell ein Überblick über deren vielfältige Arbeitsgebiete gewonnen werden.



### 3.7 Veröffentlichungen

#### Familienpolitische Informationen

Die Fachzeitschrift „Familienpolitische Informationen“, erscheint sechs Mal jährlich. Zentraler Bestandteil jeder Ausgabe ist ein wissenschaftlicher Artikel zu einem aktuellen familienpolitischen Thema, daneben erscheinen Positionierungen, Nachrichten und Hinweise auf Veröffentlichungen sowie Buchempfehlungen. Redaktionell zuständig ist Sabine Mundolf.

Im Berichtszeitraum wurden u. a. Beiträge zu folgenden Themen veröffentlicht:

- Akteure von Familienpolitik
- Betriebliche Familienpolitik
- Bikulturelle Paare
- eaf-Forderungen zur Wahl
- Ehegattensplitting
- Erzieherberuf, Männer und Männlichkeit
- Familienbilder in Kirche und Gesellschaft
- Minijob
- Grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte
- Geschlechterdeterminanten/-Prägung
- Kids on Tour
- Kinderrechte, Recht auf beide Eltern
- Runder Tisch (gegen sex. Kindesmissbrauch)
- Sozialethik
- Steuerrecht, gerechtes für Familien
- Studium Familienwissenschaften
- Trennung
  - Besuchsprogramm Flechtwerk2+1
  - Väter
- Übereinkommen der Vereinten Nationen, Konvention über die Rechte des Kindes.

#### Newsletter

Der Newsletter der eaf erscheint im ca. sechswöchigen Rhythmus und kann von jedem über die Website der eaf abonniert werden. Er informiert schnell über familienpolitische Entwicklungen, Tagungen und die Arbeit der eaf. Er sammelt Meldungen aus fachspezifischen Mailinglisten, aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und aus dem Deutschen Bundestag, dem Statistischen Bundesamt, der Tagespresse und Veröffentlichungen zu wichtigen aktuellen familienpolitischen Aspekten und wissenschaftlichen Grundlagentexten. Außerdem gibt der Newsletter Auskunft über die aktuelle Arbeit in den Gremien der eaf sowie Hinweise auf Veranstaltungen und aktuelle Berichte, die sich mit verschiedenen Forschungsgebieten von Familienfragen befassen. Im Newsletter können eaf-Mitgliedsverbände für ihre Veranstaltungen werben oder Informationen über Neuerscheinungen im Feld ihrer Öffentlichkeitsarbeit geben. Im letzten Jahr wurde ein Inhaltsverzeichnis eingefügt, über dessen Links die Leser und Leserinnen schnell zu dem Beiträgen gelangen, die sie besonders interessieren.

Aufgrund der großen Resonanz in Presse und (Kirchen-)Öffentlichkeit wurde im Juli 2013 ein Sondernewsletter mit Stimmen zur Orientierungshilfe des Rates der EKD „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ herausgegeben.

Redaktionell zuständig für den Newsletter ist Esther-M. Ullmann-Goertz; Layout und Versand übernimmt Janina Haase.

## Weitere Publikationen

Publikationen von haupt- und ehrenamtlich bei der eaf tätigen Personen, z. B.:

### Coenen-Marx, Cornelia

- *Familienbilder in der evangelischen Kirche*, in: Forum Evangelische Erwachsenenbildung 1/2013
- Deutschlandfunk: Morgenandachten „Was Familie stark macht“, 6. - 11. Mai 2013

### Gerhard, Prof. Dr. Ute

- *Familienrecht und Geschlechtergerechtigkeit: Familienpolitiken nach 1945 im westeuropäischen Vergleich*, erscheint in: Karen Hagemann und Konrad H. Jarausch (Hg.), Halbtags oder Ganztags?: Zeitpolitiken von Kindergarten und Schule nach 1945 im europäischen Vergleich, Weinheim, Beltz-Juventa 2013
- *Die Frau als Rechtsperson – oder: Wie verschieden sind die Geschlechter? Einblicke in die Jurisprudenz des 19. Jahrhunderts*, demnächst in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung 130, Bd. 2013
- *Bürgerrechte und Demokratie – eine feministische Perspektive*, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2013, S. 75 - 85
- *Women's Movement and Law. Legal, Historical and Sociological Aspects of Research in International Comparison*, in: Family Law in Early Women's Rights Debates, hg. v. Stephan Meder und Christoph-Eric Mecke, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2013, S. 21 - 41
- Mitarbeit in: *Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken*. Eine Orientierungshilfe des Rates der EKD, Gütersloh 2013

### Gerlach, Prof. Dr. Irene

- Gerlach, Irene/ Baronsky, Alexandra/ Schneider, Ann-Kristin: *Väter in der Familienpolitik*, in: APuZ 62. Jg. H. 40, S. 31 - 36, 2012.
- Gerlach, Irene/ Hehl, Susanne von: *Staatsorganisatorische Herausforderungen in der Familienpolitik*. FFP-Arbeitspapier Nr. 8, Münster 2012.
- Gerlach, Irene/ Gerlinger, Thomas/ Bäcker, Gerhard/ Eichhorst, Werner: *Rückblick auf die Entwicklung der Sozialpolitik im Jahr 2011*, aufgezeichnet von Matthias Dietz. In: Zeitschrift für Sozialreform (Journal of Policy Research) 1/2012, 58. Jg. S. 3 - 32.
- Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012.

- Gerlach, Irene: *Einleitung - Unternehmen als familienpolitische Akteure - eine auch historische Einordnung*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 11 - 28.
- Gerlach, Irene/ Laß, Inga: *Gesellschaftliche Rahmenbedingungen betrieblicher Familienpolitik*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 29 - 44.
- Gerlach, Irene/ Juncke, David: *Betriebliche Familienpolitik im Spiegel der politikwissenschaftlichen Diskussion*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 81 - 106.
- Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut/ Wieners, Helen/ Juncke, David/ Heinze, Jana: *Status quo des betrieblichen Familienbewusstseins deutscher Unternehmen – eine empirische Erhebung*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 139 - 152.
- Gerlach, Irene/ Laß, Inga: *Status quo des betrieblichen Familienbewusstseins in der Schweiz – eine empirische Analyse in zwei Kantonen*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 153 - 176.
- Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut/ Juncke, David/ Krieger, John: *Betriebswirtschaftliche Effekte einer familienbewussten Personalpolitik*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 209 - 240.
- Gerlach, Irene/ Laß, Inga: *Gesamtgesellschaftliche Effekte betrieblicher Familienpolitik*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 241 - 260.
- Gerlach, Irene: *Die Zukunft betrieblicher Familienpolitik aus politikwissenschaftlicher Sicht*. In: Gerlach, Irene/ Schneider, Helmut (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik: Kontexte, Messungen und Effekte*. Wiesbaden 2012, S. 269 - 276.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ (Hrsg.) (Vorsitzende): *Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik*. Herausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (auch Mitautorin als Mitglied). Würzburg 2012.
- *Wissenschaftliche Beratung für Familienpolitik: Ein Blick zurück und nach vorne*. In: Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ (Hrsg.) (Vorsitzende): *Familie, Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik*, Würzburg 2012, S. 7 - 16.
- Gerlach, Irene/ Hanssen, Kirsten/ Krüsselberg, Hans-Günther/ Ott, Notburga/ Rauschenbach, Thomas: *Familien in der Sozialberichterstattung*. In: Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ (Hrsg.) (Vorsitzende): *Familie, Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik*, Würzburg 2012, S. 39 - 54.
- Gerlach, Irene/ Keil, Siegfried: *Familienpolitik*. In: Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ (Hrsg.) (Vorsitzende): *Familie, Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik*, Würzburg 2012, S. 65 - 86.
- Gerlach, Irene/ Keil, Siegfried: *Institutionen und Träger der Familienpolitik*. In: Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ (Hrsg.) (Vorsitzende): *Familie,*

Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik, Würzburg 2012, S. 87 - 104.

- Gerlach, Irene/ Filipp, Sigrun-Heide/ Keil, Siegfried/ Ott, Notburga/ Scheiwe, Kirsten (Hrsg.): *Generationenbeziehungen - Herausforderungen und Potenziale*. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (auch Mitautorin als Mitglied und Vorsitzende). Wiesbaden 2012.
- Gerlach, Irene: *Der Generationenvertrag im Wandel der Interpretationen*. In: Bertram, Hans/ Bujard, Martin (Hrsg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der deutschen Familienpolitik*. Sonderband 19 Soziale Welt 2012, S. 173 – 192, Baden-Baden.

### **Hötzel, Wolfgang**

- *Evangelischer Verband gegen Familiensplitting. eaf-Vize Hötzel: Individualbesteuerung mit Unterhaltsausgleich bessere Lösung*, in: epd sozial, Nr. 34, 24. August 2012, S. 9

### **Keil, Prof. Dr. Dr. Siegfried**

- *Betriebliche Familienpolitik*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 5, September/Oktober 2012, S. 1 - 3
- *Sozialethik auf der Kanzel. Eine Marburger Predigtsammlung*, 2. überarbeitete Auflage, Fromm Verlag Saarbrücken 2012
- *Führung und Charisma*, in: Matthias Witte und Yvonne Niekreuz (Hrsg.): „Aufwachen zwischen Traditions- und Zukunftsorientierung. Gegenwartsdiagnosen für das Pfadfinden“, Springer VS Wiesbaden 2013, S. 191 - 208

### **Merbach, Dr. Martin**

- *Bikulturelle Paare*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 2, März/April 2013, S. 4 ff., ebenso Langfassung auf Unterwebsite der eaf *Paare im Fokus*, Rubrik Informationen.

### **Mundolf, Sabine**

- *Sozialethik auf der Kanzel*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 5, September/Oktober 2012, S. 4 f.
- *Das Testosteron ist schuld!*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 5, September/Oktober 2012, S. 7 f.
- *Wirkungen der Unterhaltsrechtsreform*, in: *Familienpolitische Informationen*, Nr. 3, Mai/Juni 2013, S. 4 - 7
- *Trendance Graduate-Barometer 2013*, in: *Familienpolitische Informationen*, Nr. 3, S. 7

### **Riemann-Hanewinckel, Christel**

- *Starke Kinderrechte – Kinderrechte sind Menschenrechte*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 6, November/Dezember 2012, S. 1 - 5
- *Lohnender Schatz*, Familien-Orientierungshilfe der EKD – Ende der kirchlichen Engherzigkeit, in: **zeitzeichen**, Nr. 7, Juli 2013

- Interview mit dem Radiosender ERF Pop zu den Familienpolitischen Forderungen der eaf zur Bundestagswahl 2013, gesendet am 24. Juli 2013  
<http://www.erf.de/radio/erf-pop/mediathek/aktuell/5865-2560>

### **Schöningh, Dr. Insa**

- Interview mit Deutschlandradio zum Beschluss des Parlaments zum Betreuungsgeld am 9. November 2012
- *Statistik: Immer weniger Deutsche leben in Familien – Experten bewerten die Entwicklung unterschiedlich*, in: idea e. V. - Pressedienst Evangelische Nachrichtenagentur, Nr. 135, 15. Mai 2013, S. 3
- Mitarbeit in: *Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken*. Eine Orientierungshilfe des Rates der EKD, Gütersloh 2013
- Interview mit Die Tageszeitung (taz) zur Orientierungshilfe des Rates der EKD, *Die Ehe nicht über den Menschen stellen*, in: Die Tageszeitung (taz) vom 12. Juli 2013, S. 7
- Auszug aus dem Interview mit der taz zur Orientierungshilfe des Rates der EKD, *Soziologin: Orientierungshilfe-Streit ist Geschlechterkampf*, in: pro Christlichen Medienmagazin vom 12. Juli 2013
- Interview für ein Feature des Bayerischen Rundfunks zu Frauen in der Ev. Kirche und zur Orientierungshilfe des Rates „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit“, 16. Juli 2013

## **4. KOOPERATIONEN**

### **4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V. (AGF)**

Die AGF-Verbände treffen sich regelmäßig zu Arbeitssitzungen der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen; außerdem finden zwei Mitgliederversammlungen jährlich statt, an denen die Vorsitzenden bzw. Präsidenten teilnehmen.

Im Rahmen der AGF wurden 2013 mehrere Pressemitteilungen veröffentlicht, ein Fachgespräch konzipiert und durchgeführt, AGF-Frühstücke mit Bundestagsabgeordneten initiiert sowie eine Kooperationstagung mit dem großen Familienkongress der Lebenshilfe „Wir machen Gesellschaft“ vorbereitet. Die Kooperationstagung findet vom 6. bis 8. September 2013 in Berlin statt.

Das AGF-Fachgespräch zu „Kinder, Pflege und Beruf - Was hilft Familien aus der Zeitnot?“ fand am 22. November 2012 statt. Sabine Mundolf und Dr. Insa Schöningh haben daran mitgewirkt.

Die Kampagne der AGF zur Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder findet nun auch auf der europäischen Ebene Unterstützung.

Im Ergebnis unterstützt auch die COFACE diese Forderung als eine mögliche und sinnvolle Maßnahme zur Unterstützung von Familien. Eine Harmonisierung des Steuerrechts in dieser Frage auf europäischer Ebene hält sie nicht für erstrebenswert, weil einzelne Länder

durchaus andere sinnvolle Maßnahmen zur Unterstützung von Familien implementiert haben, z. B. durch eine Rückzahlung der Mehrwertsteuer für Familien.

(Link zur Unterschrift-Kampagnenseite: <http://7fuerkinder.de/home/unterschriften.html>)

Am 12. Dezember 2012 wandte sich die AGF mit weiteren Bündnispartnern im Rahmen der Kampagne „7 % für Kinder“ mit einem Offenen Brief an die Bundesregierung und forderte sie auf, für Produkte und Dienstleistungen für Kinder den reduzierten Mehrwertsteuersatz einzuführen. Der Offene Brief wurde von einer „Domino-Aktion“ begleitet (Dominosteine gebündelt aus den Kampagnenkarten).

Im Nachgang zum ersten Demografiegipfel 2012 wurden neun Arbeitsgruppen eingerichtet, in der Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und Ministerien gemeinsame Verabredungen trafen. Diese wurden auf dem zweiten Demografiegipfel am 14. Mai 2013 vorgestellt. Die AGF hat in der Arbeitsgruppe „Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ mitgearbeitet.

Leider scheiterte die Verabredung, das Teilzeit- und Befristungsgesetz zu ändern vor allem am Widerstand der Arbeitgeber. Die Familienverbände und viele andere Verbände setzen sich dafür ein, die Rückkehrmöglichkeit aus einem Teilzeitarbeitsverhältnis in Vollzeit zu verbessern, z. B. durch die zeitliche Befristung der Teilzeit.

Seit Dezember 2012 ist das Bundesforum Familie wieder ein Projekt der AGF. Im Vorfeld fanden intensive Gespräche über die Einbindung und strukturelle Veränderungen statt, in die die Geschäftsführerin intensiv eingebunden war. Für das Bundesforum Familie ist inzwischen die neue Projektmitarbeiterin Dr. Laura Block verantwortlich. Eine erste Netzwerkversammlung des BFF in Trägerschaft der AGF fand im Juni 2013 statt. Das Thema der neuen Bearbeitungsperiode ist „Familie und Inklusion“.

Dr. Insa Schöningh war in alle Aktivitäten der AGF intensiv eingebunden.

## 4.2 Mitarbeit in Gremien

Die Mitarbeiterinnen der eaf-Geschäftsstelle sowie die ehrenamtlichen Präsidiums- und Fachausschussmitglieder arbeiten in zahlreichen Gremien, Institutionen und Zusammenschlüssen mit, um familienpolitischer Vorhaben und die Entwicklung neuer Konzepte zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien im Verbund mit anderen Institutionen zu begleiten und familienpolitische Ziele zu verwirklichen.

In folgenden Gremien und Institutionen arbeitet die eaf regelmäßig aktiv mit (in alphabetischer Reihenfolge):

### **Ad-hoc-Kommission der EKD „Ehe und Familie stärken“**

Mitglieder: Prof. Dr. Ute Gerhard, Dr. Insa Schöningh, Prof. Dr. Kerstin Feldhoff

Die Ad-hoc-Kommission wurde vom Rat der EKD beauftragt, eine neue Ehe- und Familien-Denkschrift zu erarbeiten. Die Ehrenpräsidentin der eaf, Prof. Dr. Ute Gerhard, die Geschäftsführerin sowie Prof. Dr. Kerstin Feldhoff, Fachausschuss „Sozialpolitik und Recht“ der eaf, arbeiten in dieser Gruppe mit. Die Orientierungshilfe der EKD „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ wurde im Juni 2013 veröffentlicht. Die Kommission hat ihre Arbeit mit der Veröffentlichung der Denkschrift abgeschlossen. Die eaf begleitete die Veröffentlichung mit einer Pressemeldung und einem Artikel der Präsidentin in der Zeitschrift **zeitzeichen** Nr. 7/2013. Außerdem ist eine

Sonderausgabe des Newsletters mit einigen Reaktionen auf die Orientierungshilfe erschienen

[http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Newsletter/2013/130710\\_SonderNewsletter\\_2013.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Newsletter/2013/130710_SonderNewsletter_2013.pdf).

### **Ad-hoc-Kommission Sexualethik der EKD**

Mitglied: Renate Augstein

eaf-Präsidiumsmitglied Renate Augstein ist als Mitglied der Kommission berufen. Sie hat im Berichtszeitraum an fünf Sitzungen teilgenommen, zwei Referate gehalten sowie Textbeiträge entworfen.

### **Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter im Diakonischen Werk der EKD (agae)**

Mitglied: Sabine Mundolf

Die agae traf sich zweimal (Eisenach, Berlin).

Neben ausführlichem Austausch über die Aktivitäten der einzelnen Mitglieder und Mitgliedsverbände, über (geplante) gesetzliche Neuregelungen sowie gesellschaftliche Entwicklungen, plante die agae regionale Veranstaltungen (für Beraterinnen und Berater sowie weitere Multiplikatoren) zu gesetzlichen Neuregelungen im Bereich des Sorgerechts. Dazu führte sie die sehr nachgefragte überregionale Auftaktveranstaltung bei der Diakonie Deutschland am 16. Mai 2013 in Berlin durch.

### **Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung (BAGFE)**

Mitglied im Vorstand: Wolfgang Hötzel

Der Vizepräsident Wolfgang Hötzel, ist Mitglied des Vorstandes der BAGFE und zugleich Mitglied des Vorstandes des Ev. Arbeitskreises Familienerholung als derzeit federführendes Mitglied der BAGFE. Der Schwerpunkt seiner Arbeit in beiden Organisationen liegt in der Entwicklung von Grundlagen, Methoden und Strategien zur Qualifizierung und Weiterentwicklung der gemeinnützigen Familienerholungsarbeit im Sinne von § 16 SGB VIII. In diesem Zusammenhang wurde von ihm für die BAGFE ein ausführliches Perspektiven- und Strategiepapier entwickelt und ein ausführlicher Projektantrag an das BMFSFJ zur Unterstützung der Qualifizierungs- und Vernetzungsentwicklung formuliert. Im letzten Jahr war er wesentlich daran beteiligt, eine Änderung der Abgabenordnung mit dem Ziel der generellen Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Familienerholungsstätten zu initiieren. Zudem begleitete er die Evaluationsstudie des Deutschen Jugendinstituts zur Familienerholung in einem Beirat. Zu der inzwischen vorliegenden Studie hat Wolfgang Hötzel für die BAGFE eine umfassende Stellungnahme erarbeitet.

Auf die genannten Tätigkeiten entfielen im Berichtszeitraum neun ganztägige Sitzungen. Im Übrigen ist Wolfgang Hötzel Mitglied des Kuratoriums der Ev. Stiftung Familienerholung. Sie unterstützt mit Vermögenserträgen und Spenden einzelne Familien zur Teilnahme an Familienerholungsmaßnahmen.

### **Bundesforum Familie (BFF)**

Mitglied: Wolfgang Hötzel

Der Vizepräsident der eaf, Wolfgang Hötzel, war Mitglied der Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie. Er hat in bzw. für die Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie im Berichtszeitraum an den Sitzungen teilgenommen. Außerdem fand eine Mitgliederver-

sammlung am 16. Oktober 2012 statt. Die Mitglieder des BFF haben beschlossen, künftig als Projekt im Rahmen der AGF weiterzuarbeiten und den Verein Bundesforum Familie aufzulösen. Im Vorfeld gab es intensive Verhandlungen zwischen AGF und BFF über die künftige Arbeitsstruktur. Wolfgang Hötzel war maßgeblich an dieser Arbeit beteiligt.

Inzwischen ist die Neuorganisation des Bundesforums Familie „unter dem Dach der AGF“, für die sich Wolfgang Hötzel maßgeblich eingesetzt hat, in Kraft getreten. In der neuen Struktur wird sich das BFF für die nächsten zwei Jahre mit dem Schwerpunktthema „Familie und Inklusion“ befassen. Wolfgang Hötzel hat die Veränderungen beim BFF für sich zum Anlass genommen, von der verantwortlichen Mitarbeit im BFF zurückzutreten, d. h. nicht für den neuen Beirat (anstelle der bisherigen Steuerungsgruppe) zur Verfügung zu stehen.

### **Deutsche Ev. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), Fachgruppe familienbezogene Erwachsenenbildung**

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz

Die Kommission der DEAE unterbreitet Vorschläge zur Weiterentwicklung der familienbezogenen Erwachsenenbildung. Sie tagt drei- bis viermal jährlich, veranstaltet Fachgespräche und Fachtagungen. Seit 1. September 2012 betreut Dr. Steffen Kleint vom Comenius-Institut u. a. den Aufgabenbereich Familienbildung in Kooperation mit der DEAE.

Ziel eines Studientages mit dem Thema „Familie auf dem ‚Markt‘ der Möglichkeiten“ war, die familienbezogene Bildung im Rahmen der Strukturen der Erwachsenenbildung der DEAE sichtbar zu machen. Unter anderem wurde in vier Arbeitsgruppen zu den Themen frühe Erziehungserfahrungen, Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf, Bildungsgerechtigkeit durch neue Bildungsformate und Bildungsgerechtigkeit durch Sozialorientierung und Vernetzung gearbeitet. Der Studientag diente der politisch reflektierten Verständigung über dieses für Kirche und Gesellschaft wichtige Handlungsfeld der familienbezogenen Bildung.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung DEAE vom 4. bis 6. März 2013 wurde Dr. Hans Jürgen Luibl (Erlangen) zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt. Inhaltlich stand vor allem die politische Dimension Familienbildung im Vordergrund.

### **Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)**

Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle arbeiteten in der Arbeitsgruppe Monetäre Absicherung von Familien, im Arbeitskreis Familienpolitik und im Fachausschuss Jugend und Familie des Deutschen Vereins mit. Der Arbeitskreis Familienpolitik und der Fachausschuss Jugend und Familie treten jeweils viermal jährlich zusammen.

#### Arbeitsgruppe Monetäre Absicherung von Familien

Mitglied: Sabine Mundolf

Die Arbeitsgruppe traf sich im Berichtszeitraum zu sechs Sitzungen.

Die Arbeitsgruppe erarbeitete ein Eckpunktepapier, das die Arbeitsergebnisse des Expertenworkshops des DV (1. März 2012) zur Um- bzw. Neugestaltung des bestehenden Systems familienpolitischer Leistungen vertiefen und ergänzen soll. Dabei wurden Prüfsteine für die Weiterentwicklung des bestehenden Systems der Transferleistungen für Familien erarbeitet, auf deren Grundlage der DV zur Thematik weiterarbeiten wird. Durch die Besetzung der AG mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Bereichen der Verbände, Kommunen und Gremien des DV sollten sowohl die familien- als auch die sozialpolitische Sichtweise



verschiedener Ebenen in die Arbeit einfließen. Das Eckpunktepapier ist inzwischen veröffentlicht:

[http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen\\_archiv/2013/DV-38-12-monetarer-Unterstützung-von-Familien-und-Kindern](http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2013/DV-38-12-monetarer-Unterstützung-von-Familien-und-Kindern)

#### Arbeitskreis Familienpolitik

Mitglied: Sabine Mundolf

Der Arbeitskreis diskutiert familienpolitische Themen und Vorhaben und berät den Fachausschuss Familie und Jugend.

In den drei Sitzungen befasste sich der Arbeitskreis intensiv mit Vorlagen zur monetären Absicherung von Familien, zur kommunalen Zeitpolitik von Familien und zur vertraulichen Geburt. Zudem informierte und tauschte er sich ausführlich zu folgenden Themen aus: Demografiestrategie der Bundesregierung, Folgekosten unzureichender Bildung, Bildungsinvestitionen, Monheimer Neuelpatern-Studie, Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder (u. a. bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“), Frühe Hilfen, Weiterentwicklungsbedarf von Familienerholungsstätten, Sport und Familien, Qualitätsentwicklungen in Kindertageseinrichtungen, Orientierungshilfe des Rates der EKD.

#### Fachausschuss Jugend und Familie

ständiger Gast: Dr. Insa Schöningh

Der Fachausschuss tagte im Berichtszeitraum viermal. In den familienpolitisch relevanten Handlungsfeldern befasste sich der Ausschuss mit den ersten Empfehlungen des Deutschen Vereins zur konzeptionellen und strukturellen Ausgestaltung der Fachberatung im System der Kindertagesbetreuung, der Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe (Empfehlungen zum Umgang mit §§ 79, 79 a SGB VIII), der eigenständigen Jugendpolitik (bisheriger Prozess und aktuelle Überlegungen), den Empfehlungen des Deutschen Vereins zur lokalen Familienzeitpolitik, dem 14. Kinder- und Jugendbericht „Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland“, der Pflegekinderhilfe und dem Eckpunktepapier „Weiterentwicklung des Systems monetärer Unterstützung für Familien und Kinder“ (s. auch DV AG Monetäre Absicherung, S. 22).

#### **Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH (EZI)**

Renate Augstein, Präsidiumsmitglied, vertritt regelmäßig die eaf in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat des EZI. Christel Riemann-Hanewinckel ist Aufsichtsratsmitglied. Im Berichtszeitraum fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Schwerpunkt war die Weiterentwicklung des EZI.

#### **International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)**

Die *International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)* hat unter dem Titel „Surviving the Crisis: Putting the Couple Relationship at the heart of an early intervention agenda for families“ eine Tagung in London veranstaltet (Juni 2013). Die Bundesgeschäftsführerin war durch die Mitarbeit im Vorstand des ICCFR an der Vorbereitung und Durchführung der Tagung beteiligt.

Im November 2012 und im Vorfeld der Tagung fanden in London die Vorstandssitzungen statt, auf dem die 60. Internationale Konferenz 2013 vorbereitet wurde.

### **Konferenz Kirchlicher Werke und Verbände (KKWV)**

Vorsitzende: Dr. Insa Schöningh, gemeinsam mit Dr. Hans-Dieter Mattmüller

Der Vorstand tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Der Schwerpunkt liegt auf der Vorbereitung der Delegiertenversammlungen. Neben den thematischen Schwerpunkten stand - nach der im letzten Jahr erfolgten Satzungsänderung - die Gewinnung neuer Mitglieder im Vordergrund. Außerdem wurde der Gesprächsfaden zur Katholischen Schwesterorganisation, der AG Katholischer Organisationen Deutschlands (KOD), wieder aufgenommen und der 3. Ökumenische Ehrenamtskongress, bei dem AG KOD und die KKWV Mitveranstalterinnen sind, vorbereitet.

Die Delegiertenversammlung der KKWV tagte zweimal. Im Herbst 2012 berichtete der Vizepräsident des Kirchenamtes über die Planungen zum Reformationsjubiläum 2017; im Frühjahr stand in Vorbereitung des 3. Ökumenischen Ehrenamtskongresses das Thema Ehrenamt in Kirche und Diakonie im Vordergrund.

Außerdem wurde der Gaststatus in der KKWV präzisiert und über die Mitgliedsbeiträge beschlossen.

### **Kooperationsgruppe im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser beim BMFSFJ**

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz

Zurzeit begleitet die Kooperationsgruppe die Phase II des Bundesprojektes, das um einige Arbeitsschwerpunkte erweitert wurde, wie z. B. „Pflege und Alter“.

Die Sitzung 2012 der Koordinierungsgruppe der MGH's befasste sich mit dem Thema „Familiennahe Dienstleistungen“ und der „Pflege“ im Zusammenhang mit den MGH's in der zweiten Förderperiode. Als Ergebnis der Arbeit wurde das Resümee gezogen, dass die Übernahme der geschaffenen Infrastruktur für die alten bzw. neuen Mehrgenerationenhäuser sinnvoll war.

### **National Coalition (NC)**

Der eaf-Bundesverband ist seit September 2012 ein Mitglied bei der National Coalition. In der NC für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) haben sich derzeit rund 110 bundesweit tätige Organisationen und Initiativen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammengeschlossen mit dem Ziel, die UN-KRK bekannt zu machen und ihre Umsetzung in Deutschland voranzubringen. Am 20./21. Juni 2013 gründete sich die NC als eingetragener Verein neu. Über den Eintritt in den neuen Verband wird das Präsidium der eaf neu entscheiden.

### **Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch – Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“**

Die Bundesregierung hatte 2010 einen Runden Tisch zur Untersuchung der sexualisierten Gewalt gegen Kinder in Institutionen eingesetzt. Die Präsidentin der eaf ist Mitglied dieses Runden Tisches. Am 20. Februar 2013 hatte die Bundesregierung zu einer abschließenden Beratung und Entgegennahme des Berichtes des Unabhängigen Beauftragten eingeladen. Die eaf warb mit einem offenen Brief dafür, dass der Runde Tisch nicht beendet wird, da noch eine Reihe von Forderungen durch die Bundesregierung nicht erfüllt sind. Außerdem forderten die eaf und der Runde Tisch die Bundesregierung auf, die Stelle des Unabhängigen Beauftragten nicht an die Legislatur des Parlamentes zu knüpfen. Diese Stelle muss weiterhin für Betroffene, zur Forschung und für eine Zuarbeit für die jeweilige Bundesre-

gierung weiterarbeiten. Ziel muss sein, als gesamtgesellschaftliches Bündnis Kinder und Jugendliche besser vor sexueller Gewalt zu schützen.

### **Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen des BMFSFJ**

Mitglieder: Prof. Dr. Irene Gerlach (Vorsitzende)  
Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil

Mitglieder des Beirats sind Prof. Dr. Irene Gerlach, Vorsitzende des Beirats und Vorsitzende des Fachausschusses „Sozialpolitik und Recht“ der eaf, und Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil, Ehrenpräsident der eaf, der auf Wunsch des Beirats weiterhin als ständiger Gast teilnimmt.

Aktuell arbeitete der Beirat an dem neuen Gutachten „Kinder in Familien mit Migrationshintergrund“ (Arbeitstitel).

### **Zukunftswerkstatt Familie der SPD**

Zur Zukunftswerkstatt Familie hatte die SPD ca. 40 verschiedene Verbände und Organisationen eingeladen, um gemeinsam die verschiedenen familienpolitischen Handlungsfelder zu diskutieren und Handlungsleitlinien zu entwickeln. Diese wurden bundesweit in Foren diskutiert. Die Ergebnisse der Foren sind in das Wahlprogramm der SPD eingeflossen.

## **4.3 Mitwirkung (Tagungen, Seminare) / Medien**

### **Coenen-Marx, Cornelia**

- Vortrag *Zwischen Autonomie und Angewiesenheit, Herausforderungen für die Familienpolitik aus kirchlicher Perspektive*, Kiel, 21. Oktober 2012

### **Gerhard, Prof. Dr. Ute**

- Vortrag *Care als Menschenrecht – Argumente für den interreligiösen Dialog*, Tagung „Füreinander Sorge tragen – Religion, Säkularität und Geschlecht in der globalisierten Welt“ der Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau und des Cornelia Goethe Centrums der Universität Frankfurt/M., 19. Oktober 2012
- Streitgespräch/Podiumsdiskussion *Herausforderung Pflege - wie lassen sich Beruf und Pflege künftig vereinbaren?*, Fachtagung der Ev. Akademie zu Berlin, „Pflege und Beruf“, Berlin, 21. Januar 2013
- Vortrag *Pflege zwischen Familie, Markt und Staat - eine sozioethische Orientierung*, Ev. Akademie zu Berlin, 21. Januar 2013

### **Gerlach, Prof. Dr. Irene**

Vorträge (Auswahl)

- *Zum Nutzen von Familienbewusstsein*, Fachkongress: Frauen schaffen Zukunft, Deutscher Verein für öffentliche und Private Fürsorge, Hannover, 7. September 2012
- *Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf aus betriebswirtschaftlicher und familienpolitischer Sicht*, Abschlussveranstaltung zum Projekt MuT, Bielefeld, 18. September 2012
- *Familienbilder in der Wirtschaft*, eaf-Jahrestagung, Münster, 27. September 2012
- *Aktuelle Herausforderungen der Familienpolitik*, Hanns-Seidel-Stiftung, Wildbad Kreuth, 12. Oktober 2012

- *Betriebswirtschaftlicher Nutzen einer familienfreundlichen Personalpolitik*, Agentur für Arbeit, Aachen, 25. Oktober 2012

### **Hötzel, Wolfgang**

- Podiumsgespräch *Väter in der Kirche!*, „Väter in der Kirche [?]“, Hannover, 14. Dezember 2012
- Vortrag *Positionen der eaf-Bund zum Thema Kindergrundsicherung*, Konferenz der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landesarbeitskreise der eaf, Hannover, 16. April 2013

### **Keil, Prof. Dr. Dr. Siegfried**

- *Chancen des demographischen Wandels. Nutzen für ein gesellschaftlich aktives Alter.* Referat auf dem Stadtverbandsparteitag der SPD Marburg am 4. Dezember 2012 im Bürgerhaus Marbach
- *Vom Almosen zur sozialen Gerechtigkeit. Zum Paradigmenwechsel in der bundesrepublikanischen Sozial- und Familienpolitik. Vorlesung am 16. Januar 2013* im Rahmen der Ringvorlesung "Milde und andere Gaben in Religion und Gesellschaft" des Fachgebiets Religionsgeschichte der Philipps-Universität-Marburg
- *Organspende. Mit dem Sterben Leben geben? Sozialethische Einführung und Moderation* auf dem Infoabend der Aktiven BürgerInnen Cappel (ABC), 10. April 2013 in der Alten Post Cappel

### **Riemann-Hanewinckel, Christel**

- „Umstellungsprozesse für Familien - die Leitbilder im Wandel“, Vortrag, Grußwort, Podiumsdiskussion zum Jubiläum 2013 - 20 Jahre eaf-Sachsen, Dresden, 3. Juli 2013

### **Schöningh, Dr. Insa**

- Vortrag *„50 Jahre Familienpolitik“* und Grußwort, Jubiläum 2012 - 50 Jahre eaf Württemberg, Stuttgart/Bad-Cannstadt, 10. Oktober 2012
- Vortrag zum Achten Familienbericht und Teilnahme am Podiumsgespräch *„Der tägliche Wahnsinn – Familie neu denken. Der Achte Familienbericht der Bundesregierung“*, Familie neu denken, Leipzig, 14. November 2012

### **Ullmann-Goertz, Esther-M.**

- Vortrag *„Paare im Fokus“*, Tagung der eaf Berlin-Brandenburg, Berlin, 23. April 2013

## **5. LANDESARBEITSKREISE**

### **5.1 Konferenz und Arbeitstreffen**

Bei dem Arbeitstreffen der eaf Landesverbände/Landesarbeitskreise am 13./14. Dezember 2012 stand u. a. ein Workshop zum Thema „Wie kann die eaf als Non-Profit Organisation Web 2.0 für ihre Arbeit nutzen?“ auf der Tagesordnung. Der Input dazu kam von der Firma Lachs von Achtern, die das Projekt „Paare im Fokus“ begleitet hat; dieses wurde ausführlich vorgestellt.

## **Konferenz der Landesgeschäftsführungen (LGFK)**

Die Geschäftsführenden befassten sich am 16. und 17. April 2013 in Hannover wieder mit den familienpolitischen Entwicklungen in den Landeskirchen und Bundesländern. Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Konferenz war das Thema „Kindergrundsicherung“. Wolfgang Hötzel, Vizepräsident und Mitglied im Fachausschuss 1 „Sozialpolitik und Recht“ der eaf, hielt einen Vortrag, in dem er Fragestellungen aus der Positionierung des Fachausschusses weiter entwickelte. Neue Elemente der Öffentlichkeitsarbeit wurden vorgestellt. Die Präsidentin und Bundesgeschäftsführerin informierten über den Fortgang des Fusionsprozesses eaf-BAG.

## **5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise**

### **eaf Baden**

Im Berichtszeitraum hat sich die eaf Baden zu ihrer alljährlichen Mitgliederversammlung im November sowie zu zwei weiteren Sitzungsterminen getroffen. Darüber hinaus arbeitet sie zu unterschiedlichen Themen in kleinen Arbeitsgruppen.

#### **Bildungskongress „Suchet der Stadt Bestes“**

Nach einem informativen Gespräch mit dem Hauptverantwortlichen des Kongresses am 12. Oktober 2012, sollte die Idee verfolgt werden, zusammen mit dem Landeselternbeirat zum Thema Schulsozialarbeit - analog der Tagung „Eltern beteiligen - nicht überfordern“ des Landesfamilienrats - ein Forum zu gestalten. Da diese Idee nicht umgesetzt werden konnte, die Kongressplanung aber schon feststand, beteiligte sich die eaf dann nur als Teilnehmende.

#### **Studie: Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung**

Eine Studie des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII (in Korrelation zur sozialen Situation von Familien) wurde erstmals in den Kontext der demographischen Entwicklung gestellt: Ein hoher Anteil von Familien sind im Hartz-IV-Bezug, Stiefelternfamilien und Alleinerziehende sind besonders betroffen. Die Zahl der Menschen ohne Ausbildung erhöht sich. Fazit für die Arbeit der eaf Baden: Investitionen in die Begleitung und Beratung und Hilfen für Familien sind notwendig - Kinder und Jugendliche brauchen in Umbrüchen ihres Lebens Unterstützung.

#### **Familienpolitisches Gespräch der vier Kirchen**

Nach dem gelungenen familienpolitischen Gespräch der vier Kirchen mit Vertretungen der Landesregierung im September 2011 fanden weitere Gespräche in 2013 mit Vertretern und Vertreterinnen von Regierung und Opposition statt, mit den Themenschwerpunkten: Kindergarten, Armuts- und Reichtumsbericht, Familienbildung. Wie beim ersten Gespräch soll die Vorarbeit der eaf eine Basis des Gesprächs sein.

#### **Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg**

Die Landesregierung erstellt erstmals einen Armuts- und Reichtumsbericht in Baden-Württemberg und nimmt dabei besonders die Kinderarmut im Blick (2012 - 2014). Die Kirchen sind als Prozess-Beteiligte zwar nicht direkt vorgesehen, haben jedoch die Möglichkeit, sich über familienpolitische Gespräche mit der Landesregierung einzubringen. Die eaf hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, einen Beitrag dafür zu leisten, indem sie die

Ergebnisse einer noch nicht abgeschlossenen Umfrage zum Thema Kinderarmut in den eigenen Arbeitsgebieten von Kirche und Diakonie zur Verfügung stellt. Die Federführung hat hierzu die Diakonie Baden. Einzelne Mitglieder der eaf sind zu diesem Thema auch in einer Arbeitsgruppe des Landesfamilienrats.

Für 2014 ist eine Veranstaltung der eaf Baden geplant, die innerkirchlich für das Thema „Armut“ sensibilisieren soll.

### **Broschüre „Familienbezogene Arbeit in Kirche und Diakonie Baden“**

Anlässlich eines Synodentages 2008 erstellte die eaf eine Synopse zur familienbezogenen Arbeit in Kirche und Diakonie. Daraus resultierten gemeinsame Handlungsempfehlungen der beiden Kirchen in Baden, die familienpolitischen Statements der eaf und die Empfehlungen des Familienkongresses 2011. Nun soll die familienbezogene Arbeit in Landeskirche und Diakonie in einer Broschüre dargestellt werden, so dass kirchliche Verantwortungsträger auf Gemeinde und Bezirksebene, Anregungen für die Konzeption und Ausgestaltung ihrer Familienarbeit finden. Dies geschieht in Anlehnung an die Grundlagen der Familienpastoral der Erzdiözese Freiburg.

Die Mitgliederversammlung beriet am 22. November 2012 darüber. Die Broschüre soll bis Februar 2014 fertig gestellt sein, um dann auch auf der Frühjahrssynode 2014 präsentiert werden zu können. Federführung hat hier die Fachgruppe Familie des EOK.

### **Woche für das Leben**

Am 23. April 2012 fand im Rahmen der bundesweiten Aktion „Woche für das Leben“ in Baden ein ökumenischer Aktionstag in Eichstetten statt. Thema „Den Generationenvertrag neu gestalten – Kann das Dorf Vorbild sein? Neben der Präsentation verschiedener innovativer Projekte, sprachen sich die beiden Bischöfe, Bürgermeister des Projekts in Eichstetten, Landtagsabgeordnete und ein Vertreter der Hochschule Freiburg für neue gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen und der Bedeutsamkeit der Kooperation von Kirche und „Gesellschaft“ aus. Angesichts der demographischen Entwicklungen ist es notwendig, die Gott gegebene Würde des Einzelnen und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen im Blick zu haben. Eine Stellungnahme mit fünf Kernbotschaften wurde erarbeitet, erging an die Presse und soll in und durch verschiedene Gremien weiter getragen werden. 2014 findet die bundesweite Eröffnung der Woche für das Leben in Mannheim statt. Inwieweit dies die eaf tangiert, muss geklärt werden.

### **Ökumenische Zusammenarbeit**

Der Ökumenische Arbeitskreis hat sich im Berichtszeitraum zweimal getroffen. Neben dem Austausch über Themen und Projekte der Mitglieder des AK - standen folgende gemeinsame Themen im Mittelpunkt: das Grundlagenpapier der Familienpastoral, die Woche für das Leben 2012, Familienpolitische Gespräche, die gemeinsame ökumenische Homepage zum Thema „Loslassen und freigeben“, die Alleinerziehendenarbeit, eine Musterklage und Kampagne zur Beitragsgerechtigkeit in der Renten- und Krankenversicherung und die Streichung des Landeserziehungsgeldes. Die Zusammenschau der Synopse „Familienbezogene Arbeit in Landeskirche und Diakonie“ mit den Workshop-Ergebnissen des gemeinsamen Synodentages, dem Grundlagenpapier der Familienpastoral und dem Familienpolitischen Gespräch 2011 ergab für die Weiterarbeit folgende Schwerpunkte: Kompetenzzentren für Familien, Armuts- und Reichtumsbericht, Familienverträglichkeitsprüfung, Begleitung von Ehepaaren und Familien, Unterstützung der religiösen Erziehungskompetenz von Eltern, Familienerholung.

**Weitere Themen:**

- Information zu Angeboten für Coda-Familien (hörende Kinder gehörloser Eltern) in Heidelberg
- Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzept zur Familienseelsorge
- Projekt „Vergessene Kinder“ für Kinder psychisch kranker Eltern
- Resolution „Alleinerziehende als Zeitjongleure“
- Berichte über neue Entwicklungen und Tagungen auf Bundesebene
- eaf-Jahrestagung Bundesebene 2013 in Bad Herrenalb.

**Themen und Projekte der eaf-Mitglieder:**

- Projekt „Interaktive Elternarbeit“
- Familienbibelfreizeit
- Kindertagesstätten entwickeln sich zu Familienzentren
- MGH`s, Familienzentren, sozialraumorientierte Zentren - Übersicht
- Broschüre „Taufe leicht gesagt“, Broschüre zum Abendmahl entsteht
- Studie der Karlsruhochschule „Väter engagiert in der Kirche“
- Ausrichtung von HOT - Fachveranstaltung der Familienpflege und Dorfhilfe
- Broschüre Schwangerenberatung
- Frauenkirchentag
- Projekt Wellcome
- Projekt „Sinnliche Inszenierung“, Glaubenskurse
- Mitarbeit im Landesfamilienrat und in seinen AK`s und Ausschüssen: AK Alleinerziehendenarbeit, AK Armuts- und Reichtumsbericht.

Magdalena Moser  
Geschäftsführerin

**eaf bayern e. V.****Mitgliederversammlungen**

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen (20.11.2012, 20.03.2013) der eaf bayern statt. Neben den Regularien sowie den aktuellen Informationen und Entwicklungen bei den Mitgliedsorganisationen befassten sich die Mitglieder vor allem ausführlich mit „Familienzeitpolitik: Zeiträume für Miteinander und Fürsorge“ - Schlussfolgerungen aus Wissenschaft und dem 8. Familienbericht (Vortrag von Prof. Dr. phil. Barbara Thiessen, Hochschule Landshut) sowie mit „Soziale Sicherung für Kinder und Jugendliche - einfach, transparent und zielgenau ausgestalten“ (Vortrag von Ulrike Gebelein, Referentin für Kinderpolitik und Familienförderung, Diakonie Deutschland).

**Entwicklungen und Schwerpunkte in der Familienpolitik****Mehrgenerationenhäuser (MGH)**

Die Diskussion um die nachhaltige Finanzierung der Arbeit der MGH nach der Förderung des Bundesministeriums ab 2015 bestimmt nach wie vor den Alltag in den Mehrgenerationenhäusern sowie die Diskussion in den familienpolitischen Gremien. Ebenso beschäftigen sich die Wohlfahrtsverbände mit der Fortsetzung und Sicherung der Arbeit nach dem Aktionsprogramm. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene werden die MGH als ein Erfolgsmodell beschrieben, Mittel zur nachhaltigen Sicherung der Arbeit in den MGH wurden bisher nicht zugesagt.

### **Kinderarmut/Armutsprävention**

Die eaf bayern hat nach wie vor die Themen Kinderarmut, Armutsprävention und Kindergrundsicherung im Fokus und beschäftigt sich mit möglichen Lösungsansätzen intensiver. In ihrer Stellungnahme im Juni 2012 „Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein“ positioniert sich die eaf bayern zum Modell einer Kindergrundsicherung.

### **Teilhabe- und Bildungspaket**

Die bisherigen Erfahrungen und Auswertungen haben vor allem ergeben, dass die Hilfe nicht ausreichend bei den Familien ankommt, die Beantragung und Abwicklung der Leistungen einen großen Verwaltungsaufwand bedeuten, die zur Verfügung stehenden Leistungen häufig nicht ausreichen und viele Familien über die Hilfen nicht oder nicht ausreichend informiert sind.

### **Betreuungsgeld und Rechtsanspruch auf Kita-Platz für 1- bis 3-Jährige**

Sowohl das Betreuungsgeld als auch der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Ein- bis Dreijährige sind im Kinderförderungsgesetz (KiföG) geregelt. Das Betreuungsgeld gehört zu den umstrittensten Gesetzesvorhaben der vergangenen Jahre. Trotz verfassungsrechtlicher Bedenken und angekündigter Verfassungsklagen unterzeichnete der Bundespräsident am 16. Februar 2013 das Gesetz zur Einführung des Betreuungsgeldes. Das Gesetz tritt damit am 1. August 2013 in Kraft. (Die eaf bayern hatte dazu in der Mitgliederversammlung im März 2012 eine Stellungnahme verabschiedet und sich darin stark gemacht, die dafür bereitgestellten Mittel in den Ausbau von Kindertagesstätten zu investieren).

Gleichzeitig haben ab 1. August 2013 Kinder schon ab Vollendung des ersten Lebensjahres bis zum dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Inwieweit der Bedarf an ausreichend qualifizierten Betreuungsplätzen gedeckt werden kann, bleibt abzuwarten.

### **Abschaffung der Studiengebühren in Bayern – ein Beitrag zur gerechten Teilhabe an Bildung**

Die eaf bayern hat Anfang 2013 das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren in Bayern unterstützt. Die eaf bayern tritt dafür ein, dass alle Kinder, egal ob arm oder reich, die gleichen Chancen auf Bildung bekommen. Die dringend notwendige Abschaffung der Studiengebühren ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Der bayerische Landtag hat den Gesetzentwurf des Volksbegehrens zur Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren im April 2013 ab dem WS 13/14 beschlossen.

### **Familienorientierung in der Personalpolitik/ Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung**

Die eaf bayern setzt sich u. a. für die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen und damit einhergehend für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Familienfreundliche Arbeitgeber und Arbeitsplätze tragen neben ausreichend qualifizierten Betreuungsplätzen wesentlich zum Gelingen einer gleichberechtigten Partnerschaft und einer besseren Vereinbarkeit bei. Das Diakonische Werk Bayern hat dazu das Instrument „Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung“ entwickelt und seit 2009 umgesetzt. Zwischenzeitlich gibt es in verschiedenen Landesverbänden und -kirchen sowie auf EKD- und Diakonie-Bundesebene Gespräche und Überlegungen, wie die Familienorientierung bzw. eine Zertifizierung platziert werden kann.



## **Familienpolitische Gremien**

### **Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF) Bayern**

Die AGF Bayern – Zusammenschluss des Deutschen Familienverbandes, des Familienbundes der Katholiken und der eaf bayern – hat sich im Berichtszeitraum u. a. mit folgenden Themen beschäftigt:

#### *Kindergrundsicherung*

Hierzu hat die einberufene AG Kindergrundsicherung der AGF an einer Vorlage gearbeitet. Die Abstimmung einer Vorlage gestaltete sich bislang aufgrund sehr unterschiedlicher Ansätze schwierig. In Kooperation mit dem Bayerischen Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) veranstaltete die AGF zum Thema einen Fachtag. Die Impulse und Erkenntnisse daraus fließen in die weitere Diskussion der AG und der AGF ein. Angedacht ist, eine Vorlage für den Landesbeirat für Familienfragen des Sozialministeriums abzustimmen.

#### *Betreuungsgeld*

Das Betreuungsgeld wurde in der AGF Bayern – wie auch auf anderen politischen Ebenen – sehr emotional und kontrovers diskutiert.

### **Landesbeirat für Familienfragen des Bayerischen Sozialministeriums**

U. a. waren folgende Themen Gegenstand der gemeinsamen Sitzungen der AGF und des Landesbeirates für Familienfragen, dessen Leitung die Bayer. Sozialministerin innehat:

Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für 1- bis 3-jährige Kinder ab August 2013, Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes sowie die Einführung des Betreuungsgeldes.

### **TB Familie der Freien Wohlfahrtspflege Bayern**

Im Teilbereich Familie der Freien Wohlfahrtspflege Bayern (vormals LAG FW) – werden in drei bis vier Sitzungen pro Jahr aktuelle familienpolitische Themen benannt, diskutiert und abgestimmt, Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben formuliert und Themen vorbereitet. Im Berichtszeitraum waren dies u. a. Sicherung der Zukunft der Mehrgenerationenhäuser nach dem Aktionsprogramm, das Projekt des Sozialministeriums „Netzwerk Familienpaten Bayern“ sowie Stellungnahmen u. a. zum Sozialbericht des bayerischen Sozialministeriums sowie zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgesetzes.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Folgende Projekte konnten im Jahr 2012/2013 aus staatlichen und landeskirchlichen Mitteln umgesetzt werden:

- Familienpolitische Informationen der eaf bayern (FPI)
- Websites [www.eaf-bayern.de](http://www.eaf-bayern.de) und [www.vertrauen-von-anfang-an.de](http://www.vertrauen-von-anfang-an.de)
- Broschüre „Tolle Sachen mit den Vätern - Impulse und Ideen für Kitas“
- Flyer „Die eaf bayern - der familienpolitische Verband von Kirche und Diakonie in Bayern - stellt sich vor“.

In den zweimonatlich erscheinenden Familienpolitischen Informationen der eaf bayern werden aktuelle familienpolitische Themen und Fragestellungen aufgegriffen und Impulse für die weitere Befassung mit den jeweiligen Themen gegeben. Ebenso haben die Mitglieder der eaf bayern die Möglichkeit, über ihre Arbeitsbereiche zu informieren. Bereits seit vielen Jahren werden die Familienpolitischen Informationen der eaf bund mit aufgenommen.

U. a. wurden folgende Themen im Berichtszeitraum 2012/13 aufgegriffen:

- „Familien stärken in evangelischer Perspektive, Stellungnahme der eaf bayern zum Betreuungsgeld, Armut in Familien
- Plädoyer für die Kindergrundsicherung, Familien stärken – damit Familien gelingen und Leben gelingt
- Auch in Bayern werden die Menschen ärmer – Stellungnahme zum Dritten Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern“
- Familie und Pflege - Impulspapier der AGF in Bayern
- Familienbildungsstätten - gut und wichtig für Familien, Familien- und frauenfreundliche Steuersysteme
- „Ja zu Bildung - Nein zu Studiengebühren!“ (PM der eaf bayern zum Volksbegehren)
- Wie geht Familie heute? - Trends und Herausforderungen
- Soziale Sicherung von Kindern und Jugendlichen – einfach, transparent und zielgenau ausgestalten“.

Renate Zeilinger  
Geschäftsführerin

## **eaf Berlin-Brandenburg e. V.**

Die eaf Berlin–Brandenburg e. V. arbeitet als familienpolitischer Verband im Bereich der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Die eaf arbeitet in der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände (LAGF) in Brandenburg mit.

Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2012 waren u. a.:

- Regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie
- Information und Diskussion zum Gleichstellungspolitischen Programm der Landesregierung
- Arbeit am Familien– und kinderpolitischen Programm
- Diskussion zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes
- Auseinandersetzung mit Bundesmodellprojekten zur Integration Alleinerziehender in den Arbeitsmarkt
- Teilnahme an der Kampagne 7 % Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte
- Mitarbeit in der AG der Lokalen Bündnisse für Familien, der AG Gesundheitsförderung, im Landesbeirat für Familien u. a.

Neben der Teilnahme am familienpolitischen Gespräch mit den Vertreter/innen der Landtagsfraktionen am 18. Januar 2012 nahm die eaf an verschiedenen familienpolitischen und fachlichen Veranstaltungen teil.

In Berlin arbeitet die eaf in der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF) mit. Themenschwerpunkte waren hier vor allem die Folgerungen aus dem Familienbericht, die Finanzierung von Projekten der Familienbildung, die Kinderbetreuung außerhalb der Regelöffnungszeiten der Kitas und die Gespräche mit den familienpolitischen Sprecher/innen aus dem Abgeordnetenhaus.

Der Landesarbeitskreis ist ebenfalls aktiv auf der Bundesebene der eaf.

Mit Kooperationspartnern wurden gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt:

Mit dem Amt für Kirchliche Dienste (Bereich Familienbildung) wurde ein „Vater - Kind - Wochenende“ vom 13. bis 15. April 2012 auf der Burg Rabenstein mit 10 Männern und 18 Kindern durchgeführt.

Zwei weitere Kooperationsveranstaltungen fanden mit dem Verein „Eltern helfen Eltern“ am 9. September 2012 (Familiennachmittag im Schlosspark in Oranienburg) und am 13. Oktober 2012 (Familienfahrt nach Rostock des Elternkreises Neuruppin) mit jeweils 20 Teilnehmenden statt.

Die lange geplante und intensiv vorbereitete Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildung und Entwicklung (IBE Potsdam) zum Thema „Pflege in der Familie“ musste wegen zu geringer Anmeldungen leider abgesagt werden. Es wird versucht, das Thema nun in Form von kurzen Veranstaltungen in Modulform direkt in Gemeinden zu platzieren.

Der Vorstand, in dem der Kindertagesstättenverband des Diakonischen Werkes, das Amt für Kirchliche Dienste, eine Familienbildungsstätte und ein Elternverein vertreten sind, begleitet und unterstützt die Arbeit des Geschäftsführers. Themen der Vorstandssitzungen waren u. a.:

- Finanzfragen, Sachbericht, Jahresplanung
- Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen
- Prozess der Zusammenführung der eaf-Bund mit der BAG der Familienbildungsstätten
- Lokale Bündnisse für Familien (Brandenburg)
- Familienzentren (Berlin)
- Kindertagesbetreuung und ergänzende Angebote
- Bundeskinderschutzgesetz
- Geplante Veranstaltung mit dem IBE „Pflegerische Angehörige“
- Familienarbeit in der Landeskirche
- Familienatlas der Bundesregierung 2012
- Bericht zur Situation der Familienbildung im Land Brandenburg
- Gemeindliche Arbeit mit Familien im ländlichen Raum.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema „Inklusion“, dazu lud der LAK am 13. März zu einem Fachvortrag mit Diskussion ein.

Newsletter, Familienpolitische Informationen der eaf, Flyer und der „Ratgeber für Familien“ des MASF dienen der Öffentlichkeitsarbeit und stehen auf der Homepage des Landesarbeitskreises zur Verfügung.

Dr. Frank Wilde  
Geschäftsführer

## **eaf Hessen-Nassau**

### **Familienpolitische Entwicklungen in Hessen**

#### *Jugend- und Familienministerkonferenz*

Hessen hat 2013 den Vorsitz der Jugend- und Familienministerkonferenz.

#### *Kinderförderungsgesetz (KiFöG)*

Mit dem Hessischen Kinderförderungsgesetz wird das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) geändert. Die Tatbestände der Landesförderung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sollen im HKJGB gebündelt, hierdurch die Fördersystematiken vereinheitlicht und eine individuelle Platzfinanzierung erreicht werden. Zudem werden die Rahmenbedingungen für den Betrieb einer Kindertageseinrichtung im HKJGB neu geregelt. Bezüglich dieses Vorhabens gibt es eine breite Debatte in Hessen, an der auch die Kirchen und ihre Fach- und Familienverbände beteiligt sind. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2014 in Kraft treten.

#### *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*

Vor dem Hintergrund der Veränderungen in Wirtschaft (neue Möglichkeiten zur Arbeitsflexibilisierung, hohe Mobilitätsanforderungen, Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses) und Gesellschaft (verändertes Rollenverständnis, Auflösung bestehender Familienstrukturen) und der daraus resultierenden demographischen Entwicklung, hatte das Land dazu eine Dialogreihe „Dialog Beruf und Familie in Hessen“ eingerichtet. Leider wurde 2012 kein Dialog geführt.

#### *Hessischer Familienpreis*

"Projekte zu fördern, in denen Menschen unterschiedlichen Alters miteinander leben und voneinander lernen", ist Ziel des mit 10.000 Euro dotierten Hessischen Familienpreises, der gemeinsam vom Hessischen Sozialministerium und der Sparda-Bank Hessen ausgelobt wurde. Bewerben konnten sich Initiativen, Verbände und Organisationen, die das Miteinander der Generationen nachhaltig fördern. Der Preis soll künftig alle zwei Jahre vergeben werden. Gewinner des 1. Hessischen Familienpreises war das Mütter- und Familienzentrum Bad Nauheim und die Initiative Generationen Freundschaften aus Kassel.

#### *Landeswettbewerb*

2012 wurde zu einem Landeswettbewerb "Familienunterstützende Dienstleistungen 2012" aufgerufen. Der Wettbewerb richtete sich an alle hessischen Kommunen. Gewonnen hat die Stadt Oestrich-Winkel im Rheingau-Taunus-Kreis.

#### *Themen der Familienpolitik*

Bundespolitische Themen der Familienpolitik (z. B. Angemessenheit der Instrumente der Familienpolitik, Ehegattensplittig) werden auch in Hessen diskutiert. Eigene politische Akzente sind in Hessen kaum zu erkennen.

Weitere Informationen zur Landespolitik vgl. Bericht EKKW.

### **Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände (AGF)**

#### *Hessen*

Bei regelmäßigen Sitzungen fand ein kooperativer Austausch mit den anderen Familienverbänden in Hessen im Rahmen der AGF statt sowie Gespräche mit Abteilungsleitung und Mitarbeitenden des Referats „Familie“ im Hessischen Sozialministerium und mit allen familienpolitischen Sprecher/innen der vier Landtagsfraktionen. Forderungen der AGF: Einrich-

tung eines Landesbeirates für Familienfragen in Hessen, angemessene finanzielle Unterstützung der Familienverbände in Hessen, weitere Anstrengung bei der Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Bereich Familie und Pflege, stärkere Unterstützung von belasteten Familien (s. Anstieg der In-Obhut-Nahmen), Verbesserung der Erziehungskompetenz von Eltern und der Prävention- bzw. oder Nachsorgearbeit. Eine Tagesveranstaltung zum Thema „Keine Zeit für Familie?“ fand statt.

#### *Rheinland-Pfalz*

Eine der drei Sprecherinnen der neuen eaf-Hessen und Nassau nahm regelmäßig an den Sitzungen der AGF Rheinland-Pfalz teil. Ausführliche Informationen zur inhaltlichen Arbeit der AGF Rheinland-Pfalz sind dem Geschäftsbericht des eaf-Landesarbeitskreises der Pfälzischen Landeskirche zu entnehmen.

(s. ausführlichen Bericht im Bericht der eaf-EKKW, die gegenwärtig den Vorsitz in der AGF hat.)

#### **Landesarbeitskreis Hessen-Nassau (EKHN)**

Die familienpolitische Arbeit der eaf in Hessen findet in enger Absprache und guter Kooperation in den beiden Landesarbeitskreisen der beiden Evangelischen Kirchen in Hessen Nassau und Kurhessen-Waldeck statt.

Die Gespräche zur Neukonstituierung des Landesarbeitskreises eaf Hessen und Nassau sind abgeschlossen. Die verwaltungsmäßige Betreuung findet zukünftig durch das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) statt. Es wird gegenwärtig eine hauptamtliche Geschäftsführerin (0,5 Stellenanteil) gesucht. OKR Christian Schwindt hat vorübergehend die Begleitung der eaf Hessen und Nassau/Netzwerk Familie übernommen.

Im Berichtszeitraum fanden eine Mitgliederversammlungen der „alten“ eaf statt und eine konstituierende Sitzung der „neuen“ eaf Hessen und Nassau/Netzwerk Familie. Drei Projekte von eaf-Mitgliedern (Prävention und Fitness, Freizeit für allein erziehende Frauen und der Fachtag „Familie stärken“) wurden durch Haushaltsmittel des Landesarbeitskreises unterstützt.

Paula Lichtenberger  
Kommissarische Geschäftsführerin

## eaf Kurhessen-Waldeck

### Bundesland Hessen

Hessen hat 2013 den Vorsitz der Jugend- und Familienministerkonferenz und will sich verstärkt für die Belange von Familien und ihren Kindern einsetzen.

September 2013 ist Landtagswahl in Hessen.

Lokale Bündnisse für Familien gibt es in 69 Kommunen und Kreisen. Aktuell werden in Hessen 28 Mehrgenerationenhäuser gefördert.

Nach wie vor aktuell ist die *Familienpolitischen Offensive*, mit der die Landesregierung drei Kernziele verfolgt:

- das Bewusstsein für Familien und ihre Anliegen zu schärfen,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern,
- die finanziellen Hilfen für Familien zu verbessern.

Dies soll erfolgen durch den FamilienAtlas als Informations- und Serviceangebot, das Audit Familiengerechte Hochschule, Landeswettbewerb „Familienfreundliche Kommune“, die Errichtung einer „Servicestelle Familie“ im Sozialministerium und die Förderung von Familienzentren.

Weitere Informationen zur Landespolitik vgl. Bericht EKHN.

### AGF-Hessen

Regelmäßig finden Sitzungen und ein kooperativer Austausch statt. Der Deutsche Familienverband, Landesverband Hessen wurde aus Mangel an Mitgliedern zum 31. März 2012 aufgelöst. Damit besteht die AGF aus dem BDK, VAMV und der EAF (Landesarbeitskreise EKHN und EKKW); Federführung hat die eaf-EKKW.

Nach vorangegangenen Gesprächen mit anderen Parteien führte die AGF ein Gespräch mit der familienpolitischen Sprecherin „Die Linke“. Es ist verabredet worden, dass diese Gespräche einmal jährlich stattfinden.

Das Grundsatzprogramm der AGF dient dabei nach wie vor als Türöffner und Orientierung. Die AGF hat die Einrichtung eines Landesbeirats für Familienfragen angeregt (vgl. Rheinland-Pfalz). Dies würde allerdings eine deutlich bessere Förderung der Familienverbände voraussetzen. Weitere Schwerpunkte waren die Diskussion des 8. Familienberichts und des 1. Hessischen Sozialberichts (statt des ursprünglich geplanten Armuts- und Reichtumsberichts).

Im September 2012 fand ein gemeinsamer Studientag zum 8. Familienbericht mit 30 Personen statt (Referentin Uta Meier-Gräwe).

Im März 2013 fand im Ministerium ein konstruktives Arbeitstreffen statt. Die vorab eingereichten Fragen wurden von den fachlich Zuständigen ausführlich beantwortet, eine stärkere Beteiligung der AGF in Aussicht gestellt. (Themen: Anfragen an den Landessozialbericht, weitere Planungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zum Thema Familie und Pflege, Entwicklungsstand der Kinderbetreuungssituation U 3 und 10 plus und Planungen der Landesregierung; stärkere Unterstützung von belasteten Familien (Anstieg der In-Obhut-Nahmen), Verbesserung der Erziehungskompetenz von Eltern und der Prävention- oder Nachsorgearbeit; angemessene finanzielle und verwaltungstechnisch vereinfachte Förderung der Familienverbände in Hessen).

Die Gesprächsbereitschaft des Ministeriums und der Parteien ist deutlich gewachsen.

### **eaf-EKKW**

Die Mitgliederversammlung diskutierte im Oktober 2012 die *Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen und Gemeinden*:

Hier wurde das Konzept des Katharina-von-Bora-Hauses mit Hausführung vorgestellt (Familienbildung und Gemeindehaus unter einem Dach sowie Kooperation mit Kita als Familienzentrum).

Diskutiert wurde, welche Strukturen die Zusammenarbeit befördern. Kirche am Ort und Kirche am Weg - Bedingungen einer win-win-Situation. Sind Themen noch originär an Einrichtungen/an Gemeinden gebunden?

Es wurden Schlussfolgerungen für die Arbeit der EAF-EKKW und ihrer Mitglieder gezogen (Beitrag der EAF zur Profilbildung von Kirche zum Themenfeld Familie).

Unter dem Thema wurden „Projekte - Chancen, Risiken, Nebenwirkungen“, Finanzierungsmöglichkeiten und Antragsverfahren diskutiert.

Als neues Mitglied des Landesarbeitskreises und des Vorstands konnte das DW-EKKW, Fachabteilung Familie u. a. gewonnen werden.

Die eaf-EKKW hat in Kooperation mit der Mitarbeitervertretung der Landeskirche vorgeschlagen, das Landeskirchenamt durch die Hertiestiftung einem Audit (Vereinbarkeit Familie, Pflege, Beruf) zu unterziehen. Die Rücksprache mit der Leitung (Vizepräsident) ergab eine prinzipielle Bereitschaft, sich dem Thema zuzuwenden. Bevor eine Entscheidung fällt, soll jedoch zuvor das Umweltaudit abgeschlossen sein. Wann dies sein wird, ist noch nicht klar.

### **Veranstaltungen und Aktionen**

- Fachtag des Arbeitskreises Kinder in der EAF-EKKW (Engagement im Rahmen der „Woche für das Leben“),
- *„Inklusion – ja sicher, aber wie, wen und wie weit?“* (Referentin Jessica Löser), mit fünf Workshops, Hannover (April 2012),
- *„Was ist los mit diesem Kind? – wenn wir nicht mehr weiter wissen“* (Referent Prof. Dr. phil. Jörg Maywald) mit fünf Workshops, Berlin (April 2013),
- Die Landeskirche hatte 2009 beschlossen, die Aktion „Mit Kindern neu anfangen - Taufverantwortung wahrnehmen“ der Ev. Kirche von Westfalen für EKKW zu übernehmen. Der Arbeitskreis Kinder begleitet das Projekt in den ersten fünf Jahren der Erprobung. Mittlerweile nehmen 75 Gemeinden und eine Familienbildungsstätte an dem Projekt teil. Am 9. März 2013 fand der vierte Studententag zum Thema „Übergänge gestalten“ statt.
- Finanzielle Unterstützung von Projekten der EAF-Mitglieder.

Brigitta Leifert  
Geschäftsführerin

## eaf Niedersachsen

### Aus der Familienpolitik in Niedersachsen

In Niedersachsen wurde im Januar 2013 neu gewählt. Die rot-grüne Koalition will auf Landesebene:

- einen Auf- und Ausbau von Familienzentren u. a. in Kitas unterstützen, den Eltern in allen Lebensbereichen niedrigschwellig Beratung und Unterstützung aus einer Hand anbieten und dabei die Kompetenz der lokalen „Bündnisse für Familie und Beruf“ einbeziehen;
- bestehende Mehrgenerationenhäuser und Familienbildungszentren in diesem Sinne weiterentwickeln und ihnen Planungssicherheit geben. Das Land setzt dabei insbesondere auf die Unterstützung der Wohlfahrts- und Familienverbände;
- Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch für Unternehmen betriebliches Engagement bei Kinderbetreuung und Pflege Angehöriger selbstverständlicher Bestandteil aktiver Personalpolitik wird. Das Land will eine Vorbildfunktion übernehmen, um beispielsweise teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern die gleichen Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten wie Vollzeitbeschäftigten zu eröffnen;
- die Rolle der Väter in der Erziehung durch ein Handlungskonzept zur künftigen Entwicklung der Väterarbeit stärken und so insbesondere in der Arbeitswelt für mehr gesellschaftliche Akzeptanz sorgen. Auch hier will das Land eine Vorbildfunktion übernehmen.
- die Angebote der Familienerholung und Familienfreizeiten für bedürftige Familien dauerhaft fördern.

Die neue Sozialministerin Rundt (ehemalige Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Nds.) vertritt die Themen sehr kompetent.

### Fachinformationssystem Frühe Hilfen

Am 10. April 2013 wurde das Internetportal „Fach- und Familieninformationssystem FIS Frühe Hilfen“ von der Ministerin offiziell eröffnet, initiiert wurde das Projekt bereits von der letzten Landesregierung. In der Projektgruppe arbeiten auch Vertretungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege mit. Das FIS Frühe Hilfen soll Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die vielfältigen Angebote der Frühen Hilfen, deren Art und Verteilung in Niedersachsen geben.

### Verwaltungsvereinbarung zum Bundeskinderschutzgesetz

Nach Einführung des BKSG liegen seit November 2012 die Fördergrundsätze des Landes Niedersachsen für die Gewährung von Zuwendungen aus der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen vor. Das Land gewährt Zuwendungen für den Ausbau von Netzwerken Frühe Hilfen, Einsatz von Familienhebammen und Ausbau von ehrenamtlichen Strukturen im Bereich Früher Hilfen.

### Familienfreizeiten

Die „Richtlinie über die Förderung von Familienerholungsmaßnahmen und Familienfreizeiten“ beinhaltet ein neues Modul „Familienfreizeiten für junge Familien“. Dieses Angebot soll zur Stärkung der Erziehungskompetenz beitragen und ist eingebunden in einen Aufenthalt einer Familienfreizeit. Es schließt ein pädagogisches Angebot während des Aufenthaltes und sozialpädagogische Vor- und Nachbereitung und -begleitung ein. Dieses neue Modul wird bisher nicht besonders nachgefragt.



Die Aufteilung der Finanzmittel für Familienfreizeiten und Familienerholung wird in gemeinsamer Absprache zwischen der AGF und der LAG der Freien Wohlfahrtspflege quotiert.

## **Aus der Arbeit der eaf in Niedersachsen**

### **Vorstand**

Die Vorstandsklausur im Januar 2013 hatte das Schwerpunktthema: „Zielgruppe Familie - kirchlich-diakonisches Handeln vor dem Hintergrund von Familienbildern und demografischer Entwicklung“. Zur internen Vorbereitung dienten die verschiedenen Beiträge von der eaf-Bund-Jahres-Tagung 2012 „Familienbilder in Kirche und Gesellschaft“ und die Broschüre „Handlungskonzept demografischer Wandel der niedersächsischen Landesregierung 2012“. Das Thema „Grundsicherung für Kinder“ wurde vom Vorstand aufgegriffen mit dem Ziel der eigenen Positionierung. Eine abschließende Meinungsbildung steht noch aus.

### **Mitgliederversammlung und Fachtag**

Im Juni 2012 wurden im Anschluss an die Mitgliederversammlung Workshops zu den Themen "Lobbying im politischen Raum" und „Öffentlichkeitsarbeit – vom Umgang mit Medien“ angeboten. Für fachliche Inputs, „Innensichten“ und Diskussionen standen der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion und eine Journalistin zur Verfügung.

Die Erfahrungen mit dem Format sind sehr positiv, so dass ein weiterer Fachtag im Anschluss an die Mitgliederversammlung am 10. September 2013 stattfindet.

### **Projektgruppe „Familienbezogene Bildung“**

Auf Antrag der EEB wurde die Projektgruppe unter Federführung der eaf eingerichtet. Ziel ist es, die kirchlichen und diakonischen Arbeitsfelder, die sich mit Familienbildung befassen, zu einem Austausch, einer fachlichen Meinungsbildung und der Planung gemeinsamer Aktionen und Initiativen zusammenzubringen.

Familienbezogene Bildung wird unter den drei großen Überschriften „Rahmenbedingungen / Theologie / Herausforderungen“ betrachtet. Geplant ist, die Ergebnisse Ende 2014 in einem Fachkongress vorzustellen und zu diskutieren.

### **eaf und Öffentlichkeitsarbeit**

Beim ökumenischen Kongress „Kirche<sup>2</sup>“, der von der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers und dem Bistum Hildesheim ausgerichtet wurde, gestalteten die eaf-Nds und der FdK einen gemeinsamen Stand und informierten über ihre Arbeit, insbesondere über Familienerholung und Familienfreizeiten. Als aktiver Anknüpfungspunkt diente ein Spiel des FdK, mit dem man die eigene Zeit für Familie und Beruf etc. in Ist und Wunsch visualisieren konnte. Der Workshop „Familienzentren - das Herz der Kirchengemeinde“ wurde von der eaf angeregt und von der verantwortlichen Referentin im Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers umgesetzt. Geplant ist die Mitwirkung bei einer Veranstaltung für Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher im September 2013.

### **eaf und Landespolitik**

Der Kontakt zu den mit Familienfragen befassten Ausschüssen der im Nds. Landtag vertretenden Parteien (AK Soziales oder Sozialausschuss) wird gepflegt.

Bernd Heimberg, Vorsitzender der eaf, arbeitet im Kuratorium der Stiftung „Familie in Not“ mit, das sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ auf die Förderpraxis der Stiftung befasst hat. Im Ergebnis der Beratungen wurden die Förderrichtlinien angepasst.

## **Aus der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen (AGF)**

Die Federführung der AGF wechselte 2013 zum VAMV.

### *Landesbeirat für Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik*

Die AGF, vertreten durch die Geschäftsführerin Volland, wird seit 2012 als zusätzliche Organisation in den Landesbeirat (Beratungsgremium der beiden obersten Landesjugendbehörden Sozialministerium und Kultusministerium) einbezogen, um die Perspektive der Eltern/Familien in die Diskussion und Meinungsbildung einfließen lassen zu können. Die Bezeichnung des Landesbeirats wurde um den Zusatz „Familienpolitik“ erweitert.

### *Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen*

Die AGF arbeitet in der Lenkungsgruppe zur „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen“ und im „Bündnis für alle Kinder“ mit.

### *Synopse der Landtagswahlprogramme zu Familienpolitik*

Die AGF hat eine Synopse der Landtagswahlprogramme zur Familienpolitik erstellt.

Keine Partei hat die ganze Bandbreite der familienpolitischen Themen der AGF im Blick; fast alle AGF-Forderungen aus dem Grundsatzprogramm finden sich allerdings verteilt auf die verschiedenen Parteien wieder.

Der AGF-Vorstand wird Gespräche mit der neuen Ministerin, den sozialpolitischen Arbeitskreisen bzw. Sprecher/innen der neuen Fraktionen sowie der Abteilung Generationen und Integration im Ministerium führen.

Das Grundsatzprogramm soll inhaltlich überarbeitet und aktualisiert werden. Dies soll begleitend nach und nach geschehen, so dass die überarbeiteten Abschnitte bei den zukünftigen Sitzungen verabschiedet werden können, beginnend mit Eckpunkten zur Situation von Grundschulkindern. Es wird aus Kostengründen lediglich eine Online-Veröffentlichung möglich sein.

Die AGF konzipiert eine Ausstellung im Landtag "Familien-Bilder im Wandel" (12. September bis 4. Oktober 2013). Sie soll veranschaulichen, wie sich Familienleben und Kindheit in den letzten Jahrzehnten verändert haben und wird aus bildlicher Darstellung und Hintergrundinformationen zu Familienformen, statistischen Zahlen und familienpolitischen Akzenten bestehen.

Eva-Maria Zabbée  
Geschäftsführerin

## **eaf in NRW (Landesarbeitskreise Rheinland und Westfalen-Lippe)**

### **Familienpolitik in NRW**

NRW hat 2012 wieder gewählt.

Die Landtagswahlen haben diesmal für eindeutige Rot/Grüne Mehrheitsverhältnisse im Landtag gesorgt. In den Bereichen Familie, Bildung, Erziehung, Pflege und Vereinbarkeit hat die Landesregierung positive Impulse gesetzt.

### Schwerpunktt Themen der Landesregierung

Um die für NRW auf dem Bundeskrippengipfel 2007 vereinbarte landesdurchschnittliche Bedarfsquote von 32 Prozent erfüllen zu können, müssen in NRW insgesamt rund 144.000 *U3-Betreuungsplätze* zur Verfügung stehen. Laut Ministerium wird ein Ausbau auf 144.880 Plätze für das Kita-Jahr 2013/14 erreicht. Elternbefragungen lassen aber auf deutlich höhere und regional sehr unterschiedliche Bedarfszahlen schließen.

Die Landesregierung will auf eine gezielte, *präventive Politik* setzen, die die Chancengerechtigkeit und Entwicklungsmöglichkeit jedes einzelnen Kindes verbessern und gleichzeitig zur Entlastung der öffentlichen Haushalte von "sozialen Folgekosten" führen soll. Dazu hat sie das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor“ initiiert. An dem Modellvorhaben nehmen derzeit 18 Kommunen teil. Daneben gibt es das Förderprogramm „Kommunale Initiativen und Netzwerke zur Vermeidung der Folgen von Kinderarmut“. Aktuell werden mit Hilfe des Programms 23 Jugendämter beim Auf- und Ausbau ihrer Netzwerkstrukturen gegen Kinderarmut finanziell gefördert.

Die Landesregierung hat für diese Legislatur die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes für NRW angekündigt.

Der interministerielle Runde Tisch „Hilfe für Kinder in Not“, erweitert um einen großen Kreis von Verantwortlichen und Experten aus Verbänden und Institutionen, zu dem auch die eaf rheinland als Vertreterin der LAGF NRW gehört, hat in 2012 seine Arbeit weiter fortgeführt. Auftrag und Ziel des Runden Tisches ist es, fachübergreifende Strategie- und Handlungsmöglichkeiten für NRW zur Bekämpfung von *Kinderarmut* und deren Folgen zu entwickeln. In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Regierungskoalition für die Einführung einer Kindergrundsicherung ausgesprochen.

Seit Sommer 2012 ist NRW mit der Umsetzung der Bundesinitiative *Frühe Hilfen* und Familienhebammen befasst.

Die Landesregierung will die zukünftige Ausbauplanung der *Familienzentren* unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Sozialräume vorantreiben.

In 2012 hat die Landesregierung „Elternstart NRW“ aufgelegt, ein Familienbildungsangebot für Eltern mit einem Kind im ersten Lebensjahr. Es ist für die Eltern einmalig kostenfrei und wird von anerkannten Einrichtungen der *Familienbildung* angeboten. Die Finanzierung übernimmt das Familienministerium.

Die Aktionsplattform "familie@beruf.NRW" hat ihre Arbeit fortgeführt. Sie dient dem Austausch zwischen den Akteuren Land, Wirtschaft, Arbeitsagenturen, Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden zum Thema *Vereinbarkeit*. Über die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in NRW (LAGF) wirkt die eaf rheinland in der Expertengruppe der Aktionsplattform mit.

Die Landesinitiative „Familie kommt an. In Nordrhein-Westfalen“ ist wieder stärker in den Fokus gerückt. Durch die Mitwirkung im Aktionsbündnis für *familiengerechte Kommunen* in NRW ist auch die eaf rheinland über die LAGF in die Arbeit eingebunden.

Männer für eine *aktive Vaterschaft* zu gewinnen und sie darin zu unterstützen, war ebenfalls ein Anliegen der Familienpolitik in NRW. Die eaf rheinland hat für die LAGF am Werkstattgespräch Väterarbeit im Familienministerium teilgenommen.

## **Aktivitäten im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in NRW (LAGF)**

Seit Juli 2011 liegt die *Federführung der LAGF* bei der eaf rheinland. Die Geschäftsführerin der eaf rheinland ist seitdem auch Vorsitzende der in der LAGF organisierten Familienverbände in NRW.

Die LAGF beschäftigte sich in diesem Jahr mit der Nachbereitung der Fachtagung „Familie bildet Kinder - Elternbildung und Erziehungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“, Politikgesprächen im Vorfeld und Nachgang zur Landtagswahl, Gesprächen im Familienministerium sowie mit der Vorbereitung der Fachtagung 2013 zum Thema „Demografie – Familie – Arbeitswelt“ und vertiefte die Zusammenarbeit mit dem Fachforum der Familien-selbsthilfe in NRW.

Die Geschäftsführerin der eaf rheinland arbeitete als Vorsitzende der LAGF am interministeriellen Runden Tisch „Hilfen für Kinder in Not“, in der Expertengruppe der Aktionsplattform [familie@beruf.NRW](mailto:familie@beruf.NRW), dem Werkstattgespräch Väterarbeit, dem Fachbeirat der Zeitschrift Kita-aktuell-NRW und dem Forum für Kinder in NRW mit.

## **Aktivitäten der eaf rheinland**

Neben den aktuellen familienpolitischen Themen befasste sich die eaf rheinland im Berichtszeitraum mit folgenden Schwerpunkten:

### *Kindergrundsicherung*

Bereits im November 2011 hat die Mitgliederversammlung der eaf rheinland eine Stellungnahme zum Thema Kindergrundsicherung verabschiedet, die die Veränderung des Familienlastenausgleichs in Deutschland hin zu einer Kindergrundsicherung befürwortet. Die Arbeit der eaf rheinland zu diesem Thema hat an verschiedenen Stellen Meinungsbildungsprozesse mit beeinflusst. Die Landessynode der EKIR fasste 2012 einen Beschluss, der mittel- bis langfristig die Einführung einer Kindergrundsicherung begrüßt.

### *8. Familienbericht*

Nach ihrer Mitgliederversammlung am 18. Juni 2012 verabschiedete die eaf rheinland ein Positionspapier zu den Empfehlungen des 8. Familienberichts und der Stellungnahme der Bundesregierung; damit ist das Thema „Zeit für Familien“ und die diesbezügliche Verantwortung von Politik und Arbeitgebern, in den Fokus gerückt.

### *Pflegende Angehörige*

Die eaf hat Kirchenkreisen und Gemeinden Beratung und Kooperation bei Veranstaltungen zum Thema angeboten. Nach gutem Austausch führte die Frauenarbeit des Kirchenkreises Düsseldorf 2012 drei Veranstaltungen zum Thema durch.

Durch die Berufung der Geschäftsführerin in den landeskirchlichen Arbeitskreis Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung, die Mitarbeit in der Expertengruppe Familienzentren der Diakonie Rheinland und über die Teilnahme an Sitzungen der Fachkonferenz Eltern- und Familienbildung des eeb-nordrhein und der Delegiertenkonferenz der Evangelischen Frauenarbeit im Rheinland (EFiR) gelang der *innerevangelische Informations-transfer*.

Es besteht eine gute Kooperation mit der *eaf westfalen-lippe* sowie mit der eaf bund.

Die *Öffentlichkeitsarbeit* ist umfangreich; der Newsletter der eaf rheinland erzeugt positive Resonanz.

### **Aus der Mitgliedschaft**

Die Mitgliederversammlung der eaf rheinland wählte am 18. Juni 2012 einen neuen Vorstand (bis Sommer 2015):

Vorsitzender Frank Weber, Stellvertretender Vorsitzender Jürgen Rams, Stellvertretende Vorsitzende Helga Siemens-Weibring, Beisitzer Wolfgang Wirtz, Beisitzerin Erika Georg-Monney, Mitglied qua Amt ist Kirchenrat Pfarrer Dr. Stefan Drubel.

Die eaf rheinland hatte im Berichtszeitraum 19 Mitgliedseinrichtungen und ein berufenes Mitglied.

### **Geschäftsstelle**

Frau Bernhardt als Geschäftsführerin arbeitet mit vollem Stellenumfang und Frau Dittmann im Sekretariat mit 24,5 Stunden (5 Stunden finanziert durch die LAGF für den Mehraufwand der übernommenen LAGF Federführung).

Eva Bernhardt  
Geschäftsführerin

## **eaf Westfalen-Lippe**

### **Strukturen**

Die Mitgliederversammlung im November 2012 bestätigte den bestehenden Vorstand. Mitgliedschaft und Geschäftsführung blieben in 2012 und 2013 ebenfalls unverändert tätig. Der Vorstand hat die Zusammenarbeit mit dem Vorstand der eaf-Rheinland weiter intensiviert und prüft perspektivisch eine Fusion beider eafs.

### **Verbreitung und Diskussion der Hauptvorlagen der westfälischen und der lippischen Landeskirche zum Thema Familie**

Die westfälisch-lippische Hauptvorlage zum Thema Familie wird aktuell in allen Kirchenkreisen, landeskirchlichen Organisationen und vielen Kirchengemeinden vorgestellt und diskutiert. Zahlreiche Synoden arbeiten zum Thema. Zudem finden zahlreiche Fachtage zu ausgewählten Themen der Hauptvorlage statt. Die eaf unterstützt alle diese Aktivitäten, arbeitet in der Steuerungsgruppe mit und gestaltet selbst zahlreiche Fachveranstaltungen. Sie liefert regelmäßige Beiträge für die Homepage ([www.familien-heute.de](http://www.familien-heute.de)).

### **Kirche als familienfreundliche Arbeitgeberin**

Die eaf Westfalen-Lippe hat auf ihrer Mitgliederversammlung beschlossen, ein Thema aus der Hauptvorlage besonders intensiv weiterzuverfolgen: die Herausforderungen der Kirche als familienfreundliche Arbeitgeberin. Hierzu fand im April 2013 eine erste Veranstaltung mit Birgit Löwe (eaf und Diakonie Bayern) statt, die von den Erfahrungen mit dem Diakonie-Gütesiegel „Familienorientierung“ berichtete. Weitere Veranstaltungen folgen, mit dem Ziel, in Westfalen-Lippe ein eigenes Modell zu entwickeln.

### **Aktivitäten zum Thema „Erziehungs- und Bildungspartnerschaft“**

Zu dem Jahresschwerpunkt der LAGF in NRW hat die eaf Westfalen-Lippe mehrere eigene Aktivitäten gestartet. Neben Fachveranstaltungen mit Familienzentren gab es auch Fachtage gemeinsam mit Jugendämtern, mit der Schulsozialarbeit, dem Offenen Ganztage und dem Familienbund der Katholiken zu diesem Thema. Angesichts des zunehmenden Ausbaus von Ganztagsangeboten erscheint es der eaf wichtig, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen auf das Ziel der Partnerschaft mit Familien „zu verpflichten“. Es zeigt sich jedoch, wie hartnäckig das professionelle Selbstverständnis vieler Fachkräfte diesen Aspekt vernachlässigt.

### **Sonstige Kooperationen**

Auch in den Jahren 2012 und 2013 veranstaltete die eaf gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut die Gemeindepädagogischen Foren in Villigst. Im Jahr 2012 lautete das Thema „Religionspädagogische Arbeit mit Familien“ und in 2013 „Interreligiöse Arbeit in Gemeinden“.

Mit der westfälischen Landeskirche wurde ein „kleiner Kirchentag“ zum Thema Familie durchgeführt, an dem ca. 200 Menschen teilnahmen.

Kontinuierlich arbeitet die eaf auch im Projekt „Mit Kindern neu anfangen“ der EKvW mit. Die eaf Westfalen-Lippe ist im Pädagogischen Beirat des Familienbildungswerkes Westfalen-Lippe vertreten und arbeitete in 2012 am Bildungsverständnis der Evangelischen Familienbildung mit.

Dr. Remi Stork  
Geschäftsführer

## **eaf Pfalz**

### **Familienpolitik in Rheinland-Pfalz**

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen mit Ministerin Irene Alt von Bündnis 90/Die Grünen hat als das große Programm „Kita Plus“ gestartet.

(<http://www.kita.rlp.de/Kita-Plus.606.0.html>)

Es geht primär um die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten unter stärkerer Beachtung einer Eltern- und Familienorientierung im pädagogischen Alltag. Es gibt Angebote für alle Kitas und spezielle Förderung von Kitas in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Zurzeit erarbeiten die Kitas Konzepte, um die speziellen Fördermittel abrufen zu können. Es ist eine Chance für die Qualifizierung der Einrichtungen. Personalmangel und fehlende Kapazitäten zur Erstellung von Konzeptionen sowie Unklarheiten in der Umsetzung mit den Jugendämtern vor Ort erschweren derzeit die Praxis.

Ein weiterer neuer Schwerpunkt der Landespolitik ist die Kampagne „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen - Akzeptanz für queere Lebensweisen“. Es geht um die Förderung von Akzeptanz für Lesben und Schwule (<http://mifkjf.rlp.de/familie/vielfalt-foerdern-benachteiligung-abbauen/rheinland-pfalz-unterm-regenbogen/>).

Im Kontext des Ausbaus der Frühen Hilfen wird jetzt flächendeckend das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ an allen Geburtskliniken verortet. Familienhebammen beraten und begleiten direkt nach der Geburt Eltern und vermitteln ggf. weitere Hilfen.

Derzeit werden Fortbildungsmodule für die Schulung von Familienhebammen entwickelt.

### *Versorgungsquote bei der U3 Betreuung*

Rheinland-Pfalz hat mit Stand vom 1. Februar 2013 als erstes westdeutsches Flächenland eine Versorgungsquote von 35 Prozent bei den unter Dreijährigen (U3) erreicht. Genau diese 35 Prozent waren auch als Richtwert für den U3-Ausbau beim Krippengipfel 2007 zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausgegeben worden.

### *Neue Servicestelle*

Da es im Land Mehrgenerationenhäuser, Häuser der Familien, Familienzentren (die hier wie ehrenamtliche Mütterzentren strukturiert sind), lokale Bündnisse für Familien sowie die Netzwerke der Familienbildung der Familienbildungsstätten und (jetzt neu) Netzwerke Familienbildung der Jugendämter sowie die Kita Plus-Programme mit familienbezogenen Schwerpunkten gibt, sah man die Notwendigkeit einer Bündelung aller familienbezogenen Angebote auf landespolitischer Ebene. Dies soll mit der Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ umgesetzt werden, die im Auftrag des Ministeriums arbeiten soll. Sie ist angesiedelt beim Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz, und soll Information und Fortbildung zum Themenfeld Familie transparent gestalten.

(<http://mifkjf.rlp.de/familie/servicestelle-netzwerk-familie-staerken/>)

### **AGF – Rheinland-Pfalz**

2011/2012 hatte die eaf die Geschäftsführung der AGF und führte u. a. zwei Fachgespräche durch, u. a. 2012 mit dem Thema "Ach du liebe Zeit!- Hintergründe und Positionen für eine moderne Zeitpolitik." (Dokumentation: <http://www.agf-rlp.de/fachtagung.html>). Außerdem wurde von der EAF eine Internetseite für die AGF RLP entwickelt und onlinegestellt ([www.agf-rlp.de](http://www.agf-rlp.de)).

Im Dialog mit den am jeweiligen Thema beteiligten Landesministerien wurde die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets, die Praxis der Schulbuchausleihe sowie die wichtigsten Problemlagen im Kontext der Stiftung Familie in Not thematisiert. Familienpolitisches Dauerthema ist die Mobilität im ländlichen Raum, insbesondere bei Menschen in Armutslagen. Durch die Mitarbeit im Landesbeirat für Familienpolitik sowie die Kooperation mit den Beauftragten der Evangelischen Kirchen und Diakonischen Werke engagiert sich die eaf, um diese Themenfelder immer wieder anzusprechen und an der Entwicklung von Lösungen mitzuwirken.

### **eaf Pfalz**

Derzeit wird eine Veranstaltungsreihe zum neuen EKD Positionspapier „Familie stärken“ für 2013/2014 geplant.

Die eaf hat in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen, dem Diakonischen Werk Rheinland-Pfalz und der Familienbildung in der EKHN die Publikation erstellt: „*Familie + Bildung = Familienbildung – Evangelische Positionen*“.

(<http://www.evangelische-arbeitsstelle.de>, siehe unter „Broschüren“)

Es gibt sie als Kurz- und als Langfassung, somit ist sie je nach Zielgruppe passgenau einsetzbar.

Die eaf unterstützt weiterhin mit Mitteln der Landesförderung ausgewählte innovative evangelische Familienangebote finanziell.

Es gibt derzeit große Umstrukturierungsprozesse innerhalb der Landeskirche. Neue Konzepte von Regionalisierung, Kooperationszonen usw. werden in den Kirchenbezirken erarbeitet. Außerdem werden in allen kirchlichen Handlungsfelder Stellen abgebaut. Deshalb versucht die EAF weiterhin, die Kooperation zwischen familienbezogenen Dienststellen in Diakonie und Kirche aktiv zu gestalten. Sozialräumliche Orientierung sowie die Vernetzung verschiedener Dienste und Arbeitsebenen werden angesichts der zunehmenden Komplexität der Themen und sozialpolitischen Fragestellungen immer wichtiger. Hierbei hat die EAF eine wichtige Aufgabe.

*Die Personalsituation* der eaf hat sich nicht strukturell, aber personell verändert (siehe Bericht 2012). Bei der Mitgliederversammlung am 11. Juni 2013 fanden Vorstandswahlen statt: Belinda Spitz-Jöst, 1. Vorsitzende, Ute Dettweiler, 2. Vorsitzende und Marlies Hommelsen als Beisitzerin. Die eaf dankt Bettina Wilhelm für ihr langjähriges Engagement für die eaf auf Landes- und Bundesebene.

Ute Dettweiler

## **eaf Saar**

### **Aktivitäten**

Der Vorstand kam zu fünf Sitzungen zusammen. Die Mitgliederversammlung im November 2012 bestätigte den bestehenden Vorstand: Vorsitzende Allwit Gerritsmann, 2. Vorsitzende Susanne Stoller-Winkel. Neu in den Vorstand gewählt wurde Doris Siebert als Vertreterin der Ev. Frauenhilfe.

Am 11. Juni veranstaltete die eaf ein Fachgespräch zum Thema: „Jugendliche heute“ mit der Referentin Dr. Ute Sparschuh, Amt für Jugendarbeit der EKIR.

Im November fanden Konsultationsgespräche statt: mit dem kirchlichen Beauftragten bei der Landesregierung Kirchenrat Hofmann zu aktuellen Themen der saarländischen Familienpolitik sowie mit der Fachberaterin des Ev. Kindertagesstättenreferates des Diakonischen Werkes zu Erfahrungen mit dem Pilotjahr „Saarländisches Kooperationsjahr KiTa-Grundschule“.

Die eaf Saar arbeitet kontinuierlich in der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Familienverbände Saar mit. Im Berichtszeitraum fanden fünf LAG-Sitzungen statt.

Als Delegierte der LAG der Familienverbände ist die eaf im saarländischen Medienrat und im TOTO-Beirat des Sozialministeriums vertreten.

Am 21. Januar 2013 fand ein Gespräch mit Familienminister Andreas Storm zu den Themen Familienferienförderung im Saarland und Integrationsmaßnahmen für behinderte Kinder statt.

Am 11. März 2013 wurde ein Gespräch mit Bildungsminister Commercon zu den Themen Kooperationsjahr, Frühe Hilfen/Frühkindliche Bildung, Krippenplatz-Ausbau, Ausbau von Ganztagschulen, Inklusion geführt.

Am 17. Juni und 1. Juli 2013 fanden Gespräche mit den saarländischen Bundestagsabgeordneten der CDU, SPD, FDP, Grünen zu familienpolitischen Wahlaussagen vor der Bundestagswahl statt.

Ein Aktionstag zur Bundestagswahl ist am 6. September in Saarbrücken geplant.



### **Familienpolitik im Saarland**

Ein stark in der Öffentlichkeit diskutiertes und beherrschendes Thema der saarländischen Familien- und Bildungspolitik bildete der Krippenplatzausbau zur Erfüllung des Rechtsanspruchs: 7.380 Plätze sollen bis August 2013 für die Inanspruchnahme bereitstehen, noch ist eine Lücke vorhanden, die aktuelle Versorgungsquote liegt bei 32 %. 70 Mill. Euro Investitionen kommen dabei aus dem Landeshaushalt.

Das Landesprogramm-Programm „Frühe Hilfen“ wurde in die Regie der Landkreise überführt. Mit Mitteln aus dem Bundeskinderschutzgesetz ist 2013 eine Verankerung der frühen Hilfen im Regelsystem der Jugend- und Gesundheitshilfe angestrebt.

Das Modell Freiwillige Ganztagschule wird seitens des Bildungsministeriums einer Überprüfung unterzogen, ein bedarfsgerechtes Betreuungssystem soll entwickelt werden. Schwerpunkt der Landesregierung liegt auf dem Ausbau von Ganztagschulen. Die Zahl der Ganztagsklassen an Schulen stieg von 31 auf 60.

Die Pilotphase des Kooperationsjahres „Kindergarten-Grundschule“, mit dem Kindern der Übergang von der KiTa in die Grundschule erleichtert werden soll, wurde erfolgreich beendet und von den Beteiligten als Zugewinn für die Kinder bewertet.

Eine Ausweitung bei gleichzeitiger Reduzierung der Lehrerstundenzahl von fünf auf zwei ist ab dem Schuljahr 2013/2014 geplant, 81 der 162 Grundschulen im Land sind dann am Projekt beteiligt. Die Konzeption muss der verringerten Stundenzahl angepasst werden.

Problemanzeige: Grundschulbezirke und Einzugsbereich der Kindertagesstätten stimmen zum Teil nicht überein.

Bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 sollen alle Grundschulen einbezogen sein.

Im Saarland besuchen knapp 40 % der Förderschüler eine reguläre Schule. Damit liegt der Inklusionsanteil über dem Bundesdurchschnitt von 25 %. Im Jahr 2011 begann ein Schulversuch „Inklusive Schule“, deren Ausbau erklärtes Ziel des Bildungsministeriums ist.

Das Sozial- und Familienministerium veranstaltete erstmals einen landesweiten Generationendialog; Vertreterinnen und Vertreter der Landesschülervertretung, des Landesjugendrings und des Landessenorenbeirates diskutierten Themen wie z.B. Wohnen im Alter, Mobilität der Generationen, Sicht junger und alter Menschen auf das Bundesland.

Aus den debattierten Themen sollen neue Projekte entstehen und umgesetzt werden.

Für 2014 ist seitens der Landesregierung die Vorlage eines neuen Reichtums- und Armutsberichts geplant. Vorbereitend dazu werden im Sommer und Herbst Bürgerforen mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung stattfinden, an denen sich u. a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Familienorganisationen beteiligen.

Anna Schwarz-Hartz  
Geschäftsführerin

## **eaf Sachsen e. V.**

### **Familienpolitik in Sachsen**

Familienpolitik seitens der Staatsregierung beschränkt sich weiter stark auf die Bereiche Vereinbarkeit Familie und Beruf (Modellprojekte: verlängerte Öffnungszeiten bei Kitas), Alleinerziehende und Arbeitsmarkt sowie Wiedereinstiegsprogramme.

Mehrgenerationenhäuser sollen nach Wunsch des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz vermehrt die familienpolitische Perspektive einnehmen. Ob dies gelingt, muss mit dem landesweiten Zusammenschluss gemeinsam beobachtet werden. Die von der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände Sachsen (LAGF) für 2013 angekündigte Einbeziehung der Mehrgenerationenhäuser in die Familienpolitische Verbandsarbeit wird angestrebt.

Im Etat des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) ist die befürchtete Senkung der Mittel für die Familienverbände nicht eingetreten. Die Förderung erfolgt weiter unter der Richtlinie ‚Soziale Arbeit‘. Für die Familienbildung sind weitere Mittel in Höhe von 300.000 Euro eingestellt. Eine personelle Veränderung innerhalb des Ministeriums sorgte für eine inhaltliche Neuausrichtung mit dem Anzeichen, dass eine langfristige Förderung der Familienverbände geplant ist.

Die landesweiten Diskussionen zum Thema Gendermainstreaming werden weiter sehr polarisierend geführt. Die Fragen zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften sorgten innerhalb der sächsischen Landespolitik für medialen Wirbel und führten auch zu einer Aktuellen Stunde im Landtag.

Im Bildungsbereich wird aktuell um die Frage der Neueinstellungen für Lehrkräfte gerungen. Der Wechsel an der Spitze des Kultusministeriums (SMK) hat die Diskussionen um die Schulen in freier Trägerschaft erneut angefacht. Hier sind auch die Schulen in kirchlicher Trägerschaft im Fokus. Es geht um die Sachausstattung und die Frage der Gleichbehandlung der Schulen (Schulgeldersatz).

Das Thema NSU war in Sachsen landesweit beherrschendes Thema und wird sicher weiter nicht nur innenpolitisch eine Rolle spielen.

### **Aus der Arbeit der eaf-Sachsen**

Der Verbund der eaf Sachsen mit der Kirchlichen Frauenarbeit, der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, der Evangelischen Erwachsenenbildung (EEB) und der Männerarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens steht und seit 1. September gibt es diesen Verbund auch räumlich. Noch ist ein Umzug der eaf Sachsen aber nicht terminiert und in 2013 aus Planungsgründen eher unwahrscheinlich. Die neue Struktur wird schrittweise umgesetzt. Es gibt jetzt eine leitende Pfarrstelle für Erwachsenenbildung, Frauenarbeit und Männerarbeit. Die eaf Sachsen wird dabei in ihrer Vereinsstruktur nicht berührt und agiert auch weiter autark in dem Verbund.

Die eaf Sachsen hat in 2012 versucht, familienpolitische Arbeit über den reinen sozialpolitischen Rahmen hinaus zu thematisieren. Dabei gehören u. a. auch Besuche zu Stadtentwicklungsforen (Familienfreundlichkeit und Quartiersentwicklung). Den Bekanntheitsgrad der eaf Sachsen über die innerkirchlichen Kreise hinaus zu steigern, wird als eine Aufgabe begriffen (Newsletter, Homepage).

Die Besetzung ist mit Stefanie Willuhn, Mitarbeiterin; Dorotheé Marth, wissenschaftliche Referentin und Eva Brackelmann, Geschäftsführerin, gleich geblieben. Das Stundenvolumen konnte bei der wissenschaftlichen Referentin erhöht werden, da es eine erfreuliche Steigerung der Förderung durch das SMS gab.

## **Abgeschlossene und laufende Projekte 2012/2013**

### *Woche für das Leben 2012*

Am 21. April 2012 fand die sächsische Auftaktveranstaltung im Deutschen Hygiene-Museum unter dem Titel: „*Stör ich grad? Wenn Alt und Jung zusammenleben*“ statt.

Am 13. April 2013 fand die *Eröffnungsveranstaltung* „*'Ich werd' Dir gleich helfen...'* *Geben und Nehmen. Zusammenhalt gestalten.*“ ebenfalls dort statt.

### *Familienbildung*

Ca. 30 % der Familienbildungsangebote in Sachsen werden von Ämtern und Werken der ev. Landeskirche angeboten und genießen hinsichtlich Qualität und Vielfalt weiter ein hohes Ansehen in der Politik. Die Kooperation mit der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen besteht weiter und die eaf Sachsen koordiniert und organisiert als Dienstleistung diese Bildungsangebote.

### *Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände*

Die Federführung lag in 2012 noch beim Deutschen Familienverband. Es haben zwei Fachveranstaltungen stattgefunden. Seit Januar 2013 (bis 2015) hat die Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender Sachsen (shia) die Federführung inne.

### *Mitgliedertour*

In 2012 konnten fast alle Mitglieder der eaf Sachsen besucht werden. Zielstellung war es, sich einen Eindruck vor Ort zu verschaffen und dabei Arbeitsaufträge mitzunehmen unter der Fragestellung: Was können wir von der eaf Sachsen für Euch tun? Resultate sind bereits erfolgte Kooperationen wie Vortragsveranstaltungen oder zukünftige Gesprächsangebote vor Ort.

### *Kleinprojekte*

Im 2. Halbjahr 2012 haben Parlamentarische Gespräche der eaf Sachsen stattgefunden. Ob und wie diese als eaf Sachsen gesondert weitergeführt werden, muss im Zusammenhang mit den anstehenden Bundestags- und Landtagswahlen diskutiert werden. Eventuell reicht eine Koordinierung mit der LAGF und eine entsprechenden Bearbeitung von Wahlprüfsteinen.

### *Newsletter und Homepage*

In 2012 noch als Teil der Kleinprojekte geführt, ist der Quartals-Newsletter der eaf Sachsen zu einer festen Größe in der Kommunikation geworden. Hier findet eine Bündelung der externen und internen Öffentlichkeitsarbeit statt. Mitglieder, Parteien, Fraktionen bekommen Gelegenheit, Informationen über den Newsletter zu verteilen und wir öffnen uns weiter einer größeren Öffentlichkeit. (Relaunch der Homepage, neue Flyer, sowie Roll-Up, Briefpapier etc.).

Die neue Homepage soll anlässlich der diesjährigen Feier zum 20-jährigen Bestehen der eaf Sachsen präsentiert werden. Es gab einen kleinen Festakt im Vorfeld der Mitgliederversammlung am 3. Juli 2013 und es liegt eine Dokumentation der 20-Jahre eaf Sachsen vor.

### *Was brauchen Familien in Sachsen?*

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. (eaf) sieht auch weiterhin eine zentrale Aufgabe für die Zukunft in der öffentlichen Diskussion um die Bedürfnisse von Familien in Sachsen. Was brauchen Familien in den unterschiedlichen Lebenslagen und welche Rahmenbedingungen brauchen Familien hierzulande, um gut zu leben? In

2012 fand dazu am Buß- und Betttag eine Kooperationsveranstaltung mit der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg (EKBO) statt: *Eingetaktet und Ausgebremst - Wo bleibt die Familie?* Diese Zusammenarbeit der EKBO wird auch in 2013 am Buß- und Betttag fortgesetzt mit dem großen Thema „Sandwichgeneration“.

#### *Medienkompetenz und Familie*

Dies ist ein neuer Schwerpunkt in 2013. Familien müssen sich auf eine veränderte Medienwelt und ein verändertes Nutzungsverhalten bei den verschiedenen Medienangeboten einstellen. Medienkompetenzen stehen dabei im Mittelpunkt: Gibt es ausreichend Angebote z. B. bei den klassischen Angeboten der Familienbildung? Wie können diese ausgestaltet sein? Welche Rolle spielen (Neue) Medien bei der Überlegung zu Familienleitbildern? Wie gehen die verschiedenen Generationen mit den verschiedenen Medienwelten um („meine Oma auf Facebook“)? Welche Chancen stecken für Familien in der neuen Medienwelt? Und wo steht Kirche dabei?

Partner dabei sind das Landesjugendpfarramt, Beratungsstellen sowie der Ev. Medienverband (angefr.).

#### *Familien stärken - Demokratie stärken*

2012 lag der Schwerpunkt beim Thema Familie, Kinder und Aufwachsen in der Neonazi-Szene. Hierzu haben drei Veranstaltungen stattgefunden: Lesung mit Evelyn Kreißig zu den Thesen Sarrazins, Fachvortrag und Diskussion „Die geführte Jugend - Kindererziehung von rechts“, Lesung: „Der Brief - La Lettre“. Dieser Bereich wird 2013 nicht als gesondertes Projekt weitergeführt.

#### *Kooperationen und Angebote*

Die eaf Sachsen steht weiterhin zum Thema „Familie und Familienbilder“ für Referate bereit (2012 fanden hierzu einige Kooperationen statt), ebenso für Moderation von Veranstaltungen. Durchgeführt wurden bereits „Widerstand oder Ergebung? Gibt es einen christlichen Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen?“. Weitere Anfragen für 2013 liegen vor.

#### *Ausblick*

Am 1. Februar 2014 wird ein großer Thementag „Familie“ in Zusammenarbeit mit der Landeskirche stattfinden. Die Suche nach einem Familienleitbild in der Landeskirche und die Diskussion darüber werden hierbei im Mittelpunkt stehen.

Der Umzug in den Verbund der Ämter, Werke und Einrichtungen fand im Sommer 2013 statt.

Eva Brackelmann  
Geschäftsführerin

## **eaf Sachsen-Anhalt e. V.**

### **Zur Situation und Arbeit des Landesarbeitskreises**

Am 17. April 2013 fand die Mitgliederversammlung der eaf Sachsen-Anhalt e. V. statt. Nach dem sehr interessanten Fachvortrag „Eltern- und Familienarbeit in der Kita - ein Arbeitsfeld für Gemeindepädagogen“, wurden bei den turnusgemäßen Vorstandswahlen die bisherigen Vorstandsmitglieder in ihren Funktionen bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurde Axel Eckert, der Geschäftsführer der Stiftung Staßfurter Waisenhaus.

Es gibt einen Geschäftsführer mit einer 75 %-Stelle. Die Arbeitsschwerpunkte liegen im Wesentlichen in der Umsetzung der im Zuwendungsvertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt festgeschriebenen Aufgaben.

Dazu gehören u. a.:

- Initiierung und Durchführung von Familienbildungsmaßnahmen und Projekten (330 Stunden familienbezogene Bildungsarbeit sind nachzuweisen)
- Familienpolitik und Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit: 2012 konnten zahlreiche familienbezogenen Maßnahmen durchgeführt werden. Thematische Schwerpunkte dabei waren: die Beantragung und Abrechnung von Landesmitteln für familienbezogene Projekte und - dadurch ermöglicht - die Initiierung von familienbezogenen Angeboten in Kirchenkreisen und Gemeinden.
- Kooperation mit Diakonie, Ev. Familienbildung, Familienbund bei der „Woche für das Leben“
- Förderung von niedrigschwelligen Angeboten im Bereich Elternbildung
- Beantragen und Abrechnen von Projekten mit der Diakonie und der Stadt Magdeburg
- 2012 wurden außerdem insgesamt sieben Maßnahmen mit armen Familien im Bereich „Familienbegegnung mit Bildung“ durchgeführt. 211 Personen nahmen daran teil. 2013 wird dieser Bereich noch weiter ausgebaut.
- Es wurden wieder einige Fortbildungen für Kursleitende für den evangelischen Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“ durchgeführt. Zusätzlich zum Modul I (für Eltern von 0- bis 3-Jährigen) wurde erstmals zum Modul II (für Eltern von 12- bis 16-Jährigen) ausgebildet. Dieser Kurs wurde von der Ev. Erwachsenenbildung entwickelt und wird von den eaf-Verbänden in Sachsen-Anhalt und Thüringen eingeführt.

### **Die kirchenpolitische Situation**

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) ist 2007 aus der Fusion der Kirchenprovinz Sachsen mit der Ev.-luth. Kirche in Thüringen hervorgegangen. Sie hat rund 900.000 Mitglieder in über 3.000 Kirchengemeinden und 38 Kirchenkreisen. Die Zuständigkeit für die eaf liegt im Dezernat „Bildung“. Der Kontakt zum Dezernat ist sehr gut und findet strukturell insbesondere über die gemeinsame Arbeit im Beirat für familienbezogene Arbeit in der EKM statt.

### **Beirat für familienbezogene Arbeit in der EKM (Ev. Kirche in Mitteldeutschland)**

Der Beirat für familienbezogene Arbeit in der EKM (Anfang 2008 einberufen; Vorsitzender: Geschäftsführer der eaf Sachsen-Anhalt e. V.) hat im Wesentlichen die Aufgabe, die evangelischen Institutionen und Einrichtungen, die im Bereich der Arbeit mit Familien tätig sind, zu vernetzen, die kirchenleitenden Gremien in familienrelevanten Fragen zu beraten und Initiativen zur stärkeren Wahrnehmung des Themas Familie zu befördern. In der Synode der EKM wurde im November 2011 ein Papier der Bildungskammer zum Thema „Fa-

milie und Kirche“ beraten, bei dessen Erstellung auch der Beirat einbezogen wurde. Er ist auch wesentlich (in Abstimmung mit dem Kirchenamt) mit der Umsetzung der dazu erfolgten Beschlüsse befasst. Konkret arbeitet der Beirat zz. an der Umsetzung eines Wettbewerbs „familienfreundliche Kirchengemeinde“ und an der Planung eines „Zentrums Kinder und Familie“ beim Mitteldeutschen Kirchentag in Jena am 22. September 2013. Am Wettbewerb nahmen zahlreiche Gemeinden teil und im Juni 2013 tagte dazu eine Jury, um die Reihenfolge der Prämierung zu beraten.

## **Zur (familien-)politischen Situation in Sachsen-Anhalt**

### **Novellierung des KiFöG**

Der Landtag von Sachsen-Anhalt ein neues Kinderförderungsgesetz beschlossen, das ab August 2013 gilt. Es beinhaltet u. a. folgende Neuerungen:

Ab dem 1. August 2013 wird ein Ganztagsanspruch von bis zu zehn Stunden für alle Kinder eingeführt. Die Eltern entscheiden über den Betreuungsumfang, d. h. ob sie 7, 8, 9 oder 10 Stunden benötigen. Die Elternbeiträge staffeln sich dann nach dem vereinbarten Betreuungsumfang.

Der Personalschlüssel bei die 3- bis 6-Jährigen wird beginnend ab August 2013 von derzeit 1:14,625 auf 1:12,5 verbessert. Der bei den 0- bis 3-Jährigen ab August 2015 statt derzeit 1:6,666 auf 1:5,55.

Das Bildungsprogramm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ ist in Zukunft die verbindliche Grundlage für die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten.

### **Landesbündnis für Familien**

Die eaf Sachsen-Anhalt arbeitet mit im Landesbündnis für Familien, das vom Ministerium für Gesundheit und Soziales initiiert wurde. Die Zusammenarbeit von Gruppierungen aus dem familienpolitischen und sozialen Bereich mit Vertretern der Wirtschaft soll hier gefördert werden.

Die eaf ist in der Arbeitsgruppe „Förderung der Erziehungskompetenz“ vertreten; in dieser AG hat der Geschäftsführer der eaf den Vorsitz.

### **Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände**

Die LAGF besteht aus sechs Verbänden in Sachsen-Anhalt: Deutscher Familienbund, Deutscher Kinderschutzbund, Familienbund, CVJM, Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern und der eaf Sachsen-Anhalt e. V.

Ein Vertreter des Ministeriums (Referatsleiter Familien) nimmt an den Sitzungen teil.

Die LAGF setzt sich dafür ein, die Bedingungen für die familienbezogene Arbeit in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Dazu wird immer wieder das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik gesucht.

- Im Januar 2013 fand ein Gespräch mit dem Sozialminister statt. Themen waren u. a. die Rahmenbedingungen für familienbezogene Arbeit in Sachsen-Anhalt.
- Im November 2012 wurde ein „Fachtag zum Thema „Vielfältige Orte der Familienbildung““ durchgeführt.

Ein wesentliches Ziel für die Arbeit der LAGF ist es, als Vertretung der Landesfamilienverbände erkennbar zu sein. Dieses soll durch Gespräche mit Fraktionsvertreterinnen und Vertretern und durch Präsenz in allen maßgeblichen Gremien und Ausschüssen erreicht werden.

Mit der Haushaltsaufstellung für den Haushalt 2014 sollen Familienzentren, die bisher vom Land gefördert wurden, aus der Förderung fallen und in die kommunale Obhut entlassen werden. Diese Familienzentren sind in einem Arbeitskreis unter dem Dach der LAGF verbunden und z. T. auch Mitglieder der eaf. Die Befürchtung ist, dass die Kommunen diese Förderung nicht übernehmen.

### **Demografie Allianz Sachsen-Anhalt**

Im September 2011 wurde die Demografie-Allianz Sachsen-Anhalt gegründet, der etwa 60 landesweit tätige Einrichtungen und Verbände angehören. Der Geschäftsführer der eaf LSA vertritt sowohl die eaf, als auch die LAGF in diesem Gremium und arbeitet aktiv in der AG „Familie und Werte“ mit.

Klaus Roes  
Geschäftsführer

## **eaf Thüringen**

### **Familienpolitische Entwicklungen in Thüringen**

Im Dezember 2012 wurde von Seiten des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit (TMSFG) ein Entwurf zur Änderung der Durchführungsverordnung (DVO) des Thüringer Familienfördersicherungsgesetzes (ThürFamFöSiG) erarbeitet. Ein sehr kurzes Anhörungsverfahren fand statt. Der abschließende Erlass der DVO ist bisher noch nicht erfolgt.

Im Entwurf ist zu begrüßen: u. a. tatsächliche Vereinfachungen im Förderverfahren, insbesondere für die Familien als Zuwendungsempfänger, aber auch für die Träger der Projekte beim Verfahren der Verwendungsnachweise.

Positiv zu werten ist zudem die Erhöhung der Fördersummen für die Familienzentren und die Differenzierung zwischen „großem“ und „kleinem“ Familienzentrum. Diese Neuregelung sichert für bestehende kleinere Einrichtungen die Förderung durch das Land und damit auch die bisher oft unsichere oder fehlende Förderung vor Ort.

Negativ sind die angedachten Änderungen für die Familienverbände. Das bisherig nötige Votum des Arbeitskreises Familie, die Fördervoraussetzung für Familienverbände im Land Thüringen, soll gestrichen werden, um anderen Verbänden den Zugang zu den Landesmitteln zu ermöglichen. Dabei ist nicht mit einer Erhöhung der Etats für Familienverbände im Haushalt des Landes zu rechnen. Weiterhin ist angedacht, die Förderung auf eine Summe von höchstens 32.000 Euro (früher 35 Tsd.) pro Verband zu senken. Diese Kürzung würde die Arbeit der Familienverbände gefährden.

Seit Mitte 2012 gibt es das Pilotprojekt „Familienbildung und Erholung“.

Damit wurde die bisherige bewährte Praxis der Individualzuschüsse für Familien und ihren Urlaub (Antragstellung über Verbände und Einrichtungen) - neben der Maßnahmeförderung für Gruppenangebote - durch eine Maßnahmeförderung für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf ersetzt. Die Evaluierung des Projektes für den Zeitraum 2012 hat im Januar 2013 begonnen, und zwar nachdem diese Änderungen bereits im Entwurf zu Änderung der o. g. DVO formuliert wurden.

Um den Ausbau der Familienfreundlichkeit vor Ort in den Kommunen voranzubringen, hat die Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit Heike Taubert ein landesweites Leitbild für ein familienfreundliches Thüringen angeregt, welches breit von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Familien getragen werden soll. Dazu wurde ein Papier: Empfehlungen für ein Leitbild „Familienfreundliches Thüringen“ entwickelt, welches demnächst veröffentlicht werden wird. Die Einführung eines Audit für eine „Familienfreundliche Kommune“ ist im politischen Gespräch.

Der Arbeitskreis Thüringer Familienverbände (AKF) e. V. hat turnusgemäß seine Federführung gewechselt. Im Februar 2013 wechselte der Vorsitz von Gundula Bomm (eaf) zu Dr. Kurt Herzberg (FDK). Die Stellvertretung übernimmt der VAMV. Stellungnahme des AKF e. V. zum o. g. Entwurf einer Änderung der DVO des ThürFamFöSiG im Dezember 2012 unter Federführung der eaf Thüringen.

*Kirchenpolitische Situation:* Siehe Bericht eaf Sachsen-Anhalt e. V.

#### *Beirat für Familienbezogene Arbeit in der Ev. Kirche in Mitteldeutschland*

Ergänzungen zum Bericht der eaf Sachsen-Anhalt e. V.: Stellvertretende Vorsitzende des Beirates ist Gundula Bomm (Ev. Erwachsenenbildung, Vorsitzende der eaf Thüringen und Mitglied des Präsidiums der eaf bund). Beide eafs arbeiten eng zusammen, sie sind federführend bei der Umsetzung der laufenden Projekte.

#### **Aus der Arbeit der eaf Thüringen**

Die Geschäftsführerin der Landesgeschäftsstelle arbeitet zurzeit 20 Wochenstunden. Momentan ist die Höhe der Förderung der Geschäftsstelle durch das Land für das Jahr 2013 noch nicht gesichert. Die Geschäftsstelle arbeitet von Seiten des Landes mit Abschlagszahlungen der Fördermittel so lange, bis die o. g. Änderung der DVO des ThürFamFöSiG beschlossen ist.

Schwerpunktaufgaben:

- familienpolitische Interessenvertretung
- Gremienarbeit auf Landes- und Kirchenebene
- Öffentlichkeitsarbeit
- Entwicklung und Ausbau Ev. Elternbildung in Thüringen im Verbundprojekt „Ev. Elternbildung Thüringen“.

Das Verbundprojekt ist eine Kooperation der eaf Thüringen und der Evangelischen Erwachsenenbildung Thüringen (EEBT). An der gemeinsamen Schnittstelle Elternbildung sollen evangelische Angebote in Thüringen entwickelt, gefördert und vernetzt werden:

- Aufbau einer Info und Servicestelle für Elternbildung
- Vernetzung der Akteure im AK „Ev. Elternbildung Thüringen“
- Umsetzung des Ev. Elternkurses „Auf eigenen Beinen stehen“ der AEEB in Thüringen in Zusammenarbeit mit der eaf Sachsen-Anhalt e. V.
  - Schulung und Begleitung von Kursleitenden des EvEK
  - Arbeit als Kursleiterin vor Ort
  - Weiterentwicklung der Materialien des Elternkurses im Hinblick auf Kinder im Alter von 3+ in einer AG aus Fachleuten.



Modellprojekt für partizipative Elternbildung in Weimar „Gekniggte Eltern? Eltern für Eltern in Weimar“. Elternfragen aus dem Erziehungs- und Familienleben wurden 2012 im Raum Weimar durch Eltern gesammelt. Diese Fragen werden in Elternrunden diskutiert und dokumentiert. Später soll eine Broschüre dazu entstehen. Die Veranstaltungen finden wechselweise im MGH, SOS Familienzentrum, in Elterncafes und generationsübergreifend im Seniorenstift statt.

Am 15. Mai 2013 fand die Fachdiskussion des Landesarbeitskreises der eaf Thüringen „Familien auf dem Lande“ zum Internationalen Tag der Familie statt (Impulsvorträge aus dem Vorstand zu „Familienbildung auf dem Lande“, „Infrastruktur für Familien“, „Älter werden und Pflege“ u. a.).

Ute Birckner  
Geschäftsführerin

## **eaf württemberg**

Aufgabenschwerpunkt der eaf württemberg war 2012 die Vorbereitung, Planung und Organisation des 50-jährigen Jubiläums am 10. Oktober 2012.

Es wurden neue eaf-Materialien für das Jubiläum selbst sowie zur besseren Darstellung der eaf in der Öffentlichkeit erarbeitet. Erheblicher Zeitaufwand wurde in die Recherche der eaf-Geschichte investiert.

Das Jubiläumsprogramm stellte den Versuch dar, die Geschichte von Familien und Familienpolitik in den historisch-politischen Kontext der letzten 50 Jahre zu betten und über die Gegenwart einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Zu Beginn gab Dr. Insa Schöning, Geschäftsführerin der Bundes-eaf, in ihrem Vortrag einen durchaus auch unterhaltsamen Einblick auf 50 Jahre Familienpolitik.

Die anschließende Podiumsdiskussion „Familienleben heute ... alles easy?!“ betrachtete die Gegenwart, bevor im Anschluss mit Prof. Dr. Barbara Thiessen der Blick in die Zukunft mit den Titel „Familienleben - gewagte Blicke in die Zukunft!“ den ersten Teil des Jubiläums abschloss.

Zudem fand die Preisverleihung „Familienfreundliche Gemeinde“ durch Bischof July statt.

Den Abschluss des Jubiläums bildete gemeinsame Betrachtungen mit Hansjürgen Meinhardt (1. Vors. eaf württemberg) auf „50 Jahre eaf württemberg“.

## **Landesfamilienrat Baden-Württemberg**

Auf Anregung und mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (SM) ist *ein Netzwerk der Eltern- und Familienbildung Baden-Württemberg* eingerichtet worden. Nachdem 2012 die Konzeption und die Geschäftsordnung des Netzwerkes erarbeitet und von den Gremien des Landesfamilienrates BW verabschiedet wurde, wurde am 27. November mit der Gründungsveranstaltung das Netzwerk offiziell eingerichtet und in der anschließenden Auftaktveranstaltung auch der breiten Fachöffentlichkeit bekannt gemacht. Zum Sprecher dieses Netzwerkes wurde Dietmar Lipkow einstimmig gewählt. Dieses Netzwerk, auch als direkter Ansprechpartner des Sozialministeriums, will konzeptionell-inhaltlich an der Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung für Baden-Württemberg arbeiten. Es ist kein politisches Gremium, die politische Vertretung der Interessen bleibt beim Landesfamilienrat. Es wurde vereinbart, dass zunächst für zwei Jahre im Netzwerk gearbeitet wird und nach einer Zwischenauswertung die Weiterarbeit festgeschrieben wird.

Der Landesfamilienrat beantragte im Blick auf die Haushaltsberatungen des Landeshaushaltes 2013/2014 die Finanzierung von 50 %-Teilzeitstellen für die Entwicklung und für den Ausbau, Umbau und Weiterentwicklung von Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser und ähnlich konzeptionell entwickelten Angeboten; dieser wurde vom Sozialministerium leider abgelehnt.

### **Sozialministerium Baden-Württemberg**

Eine eingerichtete Arbeitsgruppe beim Sozialministerium „*Wohlbefinden der Kinder nach Trennung und Scheidung*“ hatte zur Aufgabe, ein Rahmenkonzept zu entwickeln, welches an Hand der verschiedenen (Eskalations-)Stufen bei Trennung und Scheidung in betroffenen Familien notwendige Unterstützungsparameter der Kinder durch Begleitung, Beratung und Betreuung aufzeigen soll. Hier wurden entsprechende thematische Bausteine als Gesamtkonzept konzipiert, die sich an der Belastungssituation der Familien orientieren und in das Förderprogramm „Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg“ eingebracht. Der Antrag wurde positiv entschieden: Das Projekt wird gefördert und durchgeführt. Schwerpunkt sind Schulungen und Qualifizierungen von Fachkräften (Lehrer/innen, Erzieher/innen, etc.) durch entsprechende Institutionen.

### **Land fördert Teilzeitausbildung von alleinerziehenden Frauen**

Frauen gehören zu den am Arbeitsmarkt besonders benachteiligten Personengruppen.

Mit Modellprojekten zur Teilzeitausbildung für Alleinerziehende sollen die Angebote der Teilzeitausbildung in Baden-Württemberg ausgebaut und für alleinerziehende Frauen besser nutzbar gemacht werden und dazu beitragen, die gesellschaftliche Akzeptanz der beruflichen Teilzeitausbildung zu erhöhen und deren Verankerung im Ausbildungswesen zu stärken.

Die Projekte zur Teilzeitausbildung sind Teil des von der Landesregierung beschlossenen Konzepts „Gute und sichere Arbeit“, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert wird. Es sollen Modellvorhaben gefördert werden, die alleinerziehenden Frauen mit und ohne Migrationshintergrund die Möglichkeit eröffnen, trotz der familiären Inanspruchnahme erfolgreich eine Ausbildung zu beginnen bzw. eine abgebrochene Ausbildung fortzusetzen.

### **Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg**

Kinder aus armen Familien sollen alle Entwicklungschancen bekommen, die sie für eine gute Zukunft benötigen. Dafür sind umfassende und verlässliche Daten auch für das Land Baden-Württemberg notwendig:

Zwar gab es auch schon bisher Datenquellen, wie etwa die vierteljährlichen Reports der Familienforschung Baden-Württemberg, doch diese Untersuchungen zeigen nur einzelne Ausschnitte und sind schlaglichtartig. Mit dem Ersten Armuts- und Reichtumsbericht wollte die Landesregierung genauere Erkenntnisse sammeln, wo Armut in Baden-Württemberg vorliegt (z. B. besonders in Städten).

Auf der Grundlage des Berichts wird die Landesregierung zugleich konkrete Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut geben (z. B. Novellierung des Landeserziehungsgeldes).

### **Startschuss für Ausbau und flächendeckende Umsetzung von familyNET**

Ziel des landesweiten Projekts familyNET ist es, Unternehmen Beratung und Coaching anzubieten, um sie individuell und betriebsspezifisch bei der Entwicklung und Einführung einer familienbewussten Personalpolitik und damit in ihrer Attraktivität für Fachkräfte zu unterstützen.

Im Rahmen des Projekts sollen bis Ende 2014 insgesamt 2.000 Betriebe aller Branchen erreicht werden. familyNET organisiert z. B. regionale Netzwerke mit Unternehmen, Kommunen und anderen Institutionen, um einen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten. Über einen landesweiten Wettbewerb können sich Unternehmen mit dem familyNET-Award für ihre innovativen Maßnahmen auszeichnen lassen. Zudem wird ein Prädikat für eine familienbewusste Unternehmenspolitik vergeben.

Betriebsnahe und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsmöglichkeiten wurden ebenfalls in den Blick genommen sowie auch Unterstützung für Beschäftigte, die pflegebedürftige Angehörige betreuen. Dazu gehören entsprechende Bedingungen bei der Arbeitszeitregelung, der Arbeitsorganisation, der Elternzeit und bei den Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach einer familiär bedingten Pause.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft fördert das Projekt familyNET im Zeitraum 2012 bis 2014 insgesamt mit rund 1,15 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (rund 790.000 Euro) und Landeskofinanzierungsmitteln (315.000 Euro). Darüber hinaus beteiligen sich Wirtschaftsverbände an der Finanzierung. Die BBQ Berufliche Bildung gGmbH, Tochtergesellschaft des Bildungswerkes der Baden-Württembergischen Wirtschaft e. V., setzt das Projekt familyNET um. Kooperationspartner ist der Landesfamilienrat Baden-Württemberg.

Dietmar Lipkow  
Geschäftsführer

## **Nordkirche / Schleswig-Holstein**

Über Margit Baumgarten, Fachstelle Familie der Evangelischen Landeskirche Nord in Kiel, besteht Kontakt zu der neuen Nord-Landeskirche und den nördlichen Bundesländern. Es gibt - mit der Hoffnung auf Verstetigung - seit drei Jahren eine von der eaf sehr begrüßte Zusammenarbeit, z. B. durch Teilnahme an Tagungen der eaf, an Konferenzen der Landesgeschäftsführungen und Arbeitstreffen.

In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Familien (Mitglieder: Diakonisches Werk Hamburg, Diakonisches Werk Schleswig Holstein, Ev. Akademie der Nordkirche, Fachbereich Ev. Familienbildungsstätten, Gleichstellungs- und Genderstelle, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Fachstelle Alter, Fachstelle Familien, Frauenwerk der Nordkirche, Jugendpfarramt Koppelsberg, Männerforum, Mehrgenerationenhäuser, Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein e. V., Evangelischer Kindertagesstättenverband Hamburg) wurde eine *familienpolitische Veranstaltungsreihe* im Landeshaus Schleswig-Holstein initiiert:

2012 gab es insbesondere zwei Veranstaltungen: Tagung zum 8. Familienbericht mit Beteiligung der Familienministerin Prof. Möller, OKR Cornelia Coenen-Marx sowie Tagung „Wir handeln verantwortlich“, Erarbeitung einer Handreichung zum Umgang mit Grenzverletzungen für den Kitabereich.

2013 fand die Tagung statt: Tagung „30 Stunden sind genug“, Vereinbarkeit Familien und Beruf (Referentin Dr. Karin Jurczyk, DJI).

Diese Reihe soll auf die weiteren, zur Nordkirche gehörenden Bundesländer Hamburg und Mecklenburg–Vorpommern ausgedehnt werden.

Eine Handreichung auf dem Weg zu evangelischen Familienzentren ist in Arbeit, Familienbildungsstätten und Kindertagesstätten sind an der Weiterentwicklung zu Familienzentren sehr interessiert.

Für die Familienbildungsstätten wird landesseitig ein neuer Kostenbewilligungsplan erarbeitet. Obwohl die Landesregierung Familienbildungszuschuss-Kürzungen der Vorgängerregierung wieder rückgängig gemacht hat und die entsprechenden Institutionen frühzeitig beteiligen will, sorgt die Tatsache für Unruhe, dass der Zeitplan schon keine frühzeitige Beteiligung mehr zulässt.

Sehr positiv und erfreulich waren die Veränderungen in der Bewilligungspraxis von Mutter-Kind-Kuren der Krankenkassen, die zu einer Belegungsquote von 96 % in der Kureinrichtung „Gode Tied“ in Büsum führten.

Aus der Veranstaltung zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung mit Prof. Dr. Margarethe Schuler-Harms, Hamburg, erwachsen die Forderung nach Mindestlohn, Beseitigung besonderer Anreize für geringfügige Arbeit im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht, Ausbau einer qualitativen Kinderbetreuung und einer Geschlechterquote für Führungspositionen sowie dem Abbau des Lohn-gaps bei Männern und Frauen.

Bei der Mitarbeit im Projekt „Soziale Ungleichheiten in Schleswig-Holstein - am Beispiel von Lebenslagen Alleinerziehender in ländlichen Räumen“ steht die besondere Problematik in ländlichen Gebieten im Vordergrund; hierfür sollen Veränderungsoptionen entwickelt werden. Drei Referenzregionen wurden ausgewählt, in denen Interviews geführt und Veranstaltungen angeboten werden (Näheres unter <http://www.diakonie-sh.de/projekt-alleinerziehende/index.html>).

Weitere Veranstaltungen im Jahr 2013 waren:

- Fachtag zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes.  
Schleswig-Holstein hatte in der Regie der Ministerin Gitta Trauernicht sehr früh ein Landeskinderschutzgesetz. Der Fachtag zeigt die Entwicklung seither und daraus entstandene Projekte.
- Kirchentag
- Gespräch mit Familienpolitiker/innen aus Schleswig-Holstein zu Familienzentren, U 3 Ausbau, Qualifiziertes Personal in Kita und Altenpflege, Studie des BMFSFJ zu familienbezogenen Leistungen
- Kinderakademie zu Pfingsten „Wir haben einen Traum von einer anderen Welt“
  - Fachtag „Auf dem Weg zum Evangelischen Familienzentrum“
  - Fachtag „Sorgearbeit und Grundeinkommen, solidarische und genderechte Gesellschaft gestalten“
  - Fachtag „Schuldenkrise: Und vergib uns unsere Schuld – Erlassjahr als sozialpolitisches, wirtschaftliches Modell?“.

Seit Januar 2013 arbeitet die Fachstelle Familien im Bereich der familienbezogenen Erwachsenenbildung mit halber unbefristeter Stelle.

Margit Baumgarten

Fachstelle Familie Evangelische Landeskirche Nord, Kiel